

# Der Heimatsdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatsdienst, Berlin W 35



# Weihnachten für Alle / Von Dr. Carl Sonnenschein.

unächst eines! Keinen „Weihnachtsmann“! Erspart mir diese Stillfugigkeit! Sie ist schlimmer als die Fassade der achtziger Jahre! Die die Leerheit ihres Stuhles über Tür und Fenster gelegt. Die das herbe Wesen des Baues zu verflüchteter Kitzel umlog! Der „Weihnachtsbaum“ ist zart! Ist eine Girlande! Er neigt sich in das große Geheimnis! Umrahmt es behedend! Der „Adventsstranz“ leuchtet in dunklen Nächten. Unmissfirt von der Sehnsucht des großen Tages. Beide beanspruchen nicht, Ersatz zu sein. Erspart mir die Verbürgerlichung des Festes! Am Kurfürstendam liegt, um die Ecke, ein Delikatessengeschäft! Um den grell aufleuchtenden Korb schlingt sich die Keffame: „Zu Weihnachten auf Wein achten!“ Können wir noch einen Kaffter tiefer sinken? Festen Donnerstag hörte ich, irgendwo, in den Schalltrichter hinein! Das Funkhaus gab Tanzunterricht! Das war die letzte Tanzstunde vor Weihnachten! Tango! Der Tanzlehrer empfahl sich den Radiohörerinnen und -hören: „Bitte stiefig üben! Dann haben Sie ein frohes Fest!“ Erspart mir diesen letzten Ausverkauf Europas! Den Ausverkauf seiner religiösen Kultur!

Weihnachten läßt sich nur aus der Tiefe verstehen! Wie immer Menschen, Völker, Zeiten zu dem Tage stehen, nach dem sie, trotz allem, ihre Geschichte datieren! Zu Christi Geburt! Ob sie daran nur Religionsgeschichte studieren! Ob sie darin Symbol stehhaften Geistes über die Welt des Stoffes sehen! Ob sie davor mit den hebräischen Hirten und den arabischen Magiern, anbetend, die Knie beugen! Den Inhalt des Tages begreift nur, wer in die mystische Quelle hinabsteigt! Nur im Dämmerlicht der Katafomben begreift sich dieser „Kyrios“! Nur im Glanz venezianischer Mosaik enthüllt sich der Angebetete! Nur im Burgundenerlande gotischer Fenster verlost die Seele die Innigkeit dieser Stunde! Weihnachten ist Weihnachten! Der helle Ostramglanz über den Geschenken, die träumenden Kerzen am stillen Baum, das heimliche Feuer im Grunde der Krippe, alles leuchtet riefelt vom bekehrtheimischen Stern! Bis in unser Jahrhundert! Bis in unsere Großstadt! Bis in unsere kalten Herzen! Die zu Weihnachten, irgendwie, auffpringen! Die zu Weihnachten, irgendwie, ihre Tore öffnen! Die zu Weihnachten, irgendwie, unendliche Weiten des Kosmos im Liebe klingen hören! Ob der Mund betet! Ob der Verstand stillesteht! Ob die Sphäris nörgeln möchte! Der Klang hängt doch in den Lüften! Zittert bis in die tiefste Seele! Weihnachten ist Weihnachten! Kein bürgerliches Schmaufen, kein buntpackter Kefbnach, kein kindhaftes Spielzeug ist das Zentrale dieses Tages! Jenfalls alles dessen steht das große Geheimnis! Gottes Reich zwischen den Pfählen unserer Gezette! Wissen! Kein Paradies in Seligkeit ertränkt! Sondern ein Waffengang, ein Aufbegehren, ein Sturm der Herzen! Wohl im tiefsten Leuchten, wohl im weltanschaulichen Stil, wohl in der Zeichnung der Route, im Nichtbild des Kompasses, in der Stellung des Steuers der große Weg! Aber ein Weg über wogende, stürzende, wühlende See! Ein Weg durch Jahrhunderte des Steigens und des Fallens! Ein Weg durch Fülle und Not! Ein Weg durch alle Menschlichkeit! Denn das neue Reich ist ein Experiment der Lebendigen! Aber alle Vorseit steigt, vom Architeksten der Weltreligion aufgeteilt, die neue Kuppel! Aber das ist kein Bau aus Stein! Das ist ein Bau aus Blut, aus Hirn, aus Menschenschädel! Dieser Bau ächzt, dröhnt, jubelt durch die Jahrhunderte! Er ersehnt und erstrebt letzte Vollendung! Aber alle Menschen hinaus, in unendlicher Elastizität, auf tiefsten Grund gebaut! Aber wachsend wie die Korallenriffe der Südsee!

Dieses Geheimnis duldet keine Kompromisse! Es verträgt keine Retouche! Ich kann es nur aus seiner letzten Transzendenz verstehen und verkünden! Aber aus seiner Fülle kann ich an alle sprechen! Funkpruch an alle Welt! Im Stalle von Bethlehem ist Platz für alle! Deren Auge sucht! Deren Herz hämmert! Deren Geist aufstinkt! Die „guten Willens“ sind! Denen der Egoismus, die Brütalität, die Gemeinheit nicht Kefhtes ist. Bei Dostojewski bricht die Wirtshauszene in die Einladung des Erlösers aus: „Kommet alle zu mir!“ Platz für alle! An der Krippe des „Kyrios“! So sollen die Geistigen der Erde, wohin sie an Konfession, wohin sie an Partei, wohin sie an Lebensstil sich stellen mögen, in die „Arbeitsgemeinschaft“ des Nazareners treten! Sie sollen hier vor Anker gehen! Aber diesen Leuchtturm ragt kein anderer lichtgewaltig! Kein Strom riß je in die Geschichte tieferes Bett! Keine Symphonie ließ je, wie diese, die Sphären erbeben! Wie immer die Menschen, die heutigen, die zukünftigen, die Offenbarung zum Problem gestaltend, vor Weihnachten stehen mögen, sie sollen ganz in die Nähe, ganz in den Radius, ganz in die Dynamik des Tages treten! Um eines bitte ich: Geh! ihm nicht aus dem Wege! Laßt euch von ihm erschüttern! Verzuckert, verwässert, denaturiert, nicht dieses hochheilige Fest! Plünder nicht die Kaffergäber! Tauscht nicht uralte Tiefe gegen modischen Ersatz! Laßt uns, Freunde, Weihnachten feiern, jenseits der Zeit! Näumt mir die Wäffcheartität, räumt mir die Grudefens, räumt mir den Gänsederaten aus dem Gesichtsfeld! Laßt mich Weihnachten schauen und erleben! Aus dieser Dfion kann ich Wünsche sagen! In paulinischer Formulierung! Der Gefangene der römischen festungshaft entbietet den Phylippem Weihnachtsgrüße! Die Ausgeglichenheit der Seele! Den stillen Jubel! Die wellofene Freude! Die werden die Augen aufreißen! Daß diesem Paulus der Weltfchmerz fehlt! So wiederholt er! Jamohl! Habt Freude! Die Menschen sollen sie euch nicht zerfchlagen. Dafür gibt es ein Mittel. Unentwegte, objektive Arbeit! Jede Gemeinheit übertrumpft mit leuchtender Güte! Ihr werdet es schaffen! Denn ihr lebt im Atem des Herrn! Der im Begriff ist wiederzukehren! Das ist eine Freude, die „jeden Begriff übersteigt“! Freunde, wir brauchen zum Aufstieg unseres Landes diese innern Gleichmut! Die Hingabe an das Göttliche! An das Geisige! Den Sieg über uns selbst! Kein Reford, kein Carif, keine Technik erlöst uns! Keine Seligkeit, die nicht Seligkeit der Herzen ist. O Weihnachtstag, schenke uns dieses Begreifen!



# Abrüstungs- und Sicherheitsverhandlungen in Genf.

## Die 48. Tagung des Völkerbundes.

Auf der letzten Völkerbundsversammlung im September dieses Jahres wurde eine Resolution über Abrüstung und Sicherheit angenommen, die die Grundlage für die weiteren Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des Völkerbundes sein wird. Der Grundgedanke dieser Resolution ist folgender: Während sich bisher in der Abrüstungsdiszussion zwei einander widersprechende Thesen gegenüberstanden, suchte die Resolution diese beiden Thesen irgendwie zu verbinden. Es handelt sich um die Antithese Sicherheit durch Abrüstung bzw. Abrüstung durch Sicherheit. Die These wird besonders von Deutschland vertreten, das um der Sicherheit der anderen Willen bereits abgerüstet wurde. Die Anti-These ist die Frankreichs und bereits abgerüstet wurde. Die Sicherheit ist immer mehr Sicherheit in seiner Bundesgenossen, die Sicherheit ist immer mehr Sicherheit in Form von internationalen Verträgen und Garantieabkommen fordern, bevor sie an die Abrüstung herangehen wollen. Die auf der letzten Völkerbundtagung angenommene Resolution ist ein Kompromiß, indem sie festsetzt, daß die Sicherheitslinie und die Abrüstungslinie parallel nebeneinander weiter geführt werden sollen und zwar in der Weise, daß neben dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß, der die technische Vorbereitung der ersten internationalen Abrüstungskonferenz besorgen soll, ein besonderes Sicherheitskomitee die Fragen der Sicherheit und der Schlichterbarkeit zu bearbeiten hat.

Am 30. November trat der vorbereitende Abrüstungsausschuß zu seiner fünften Sitzung zusammen. Gleich am Anfang kamen die beiden genannten Grundsätze wieder zum Vorschein. Die französische Gruppe wollte die Tagesordnung möglichst einschränken und nur die Konstituierung des Sicherheitskomitees vorschlagen, während von deutscher Seite auf eine umfangreichere Diszussion, auch des Abrüstungsproblems, Wert gelegt wurde. Die deutsche Auffassung setzte sich durch. Des Weiteren trat die Verschiedenheit der Einstellung zutage bei der Diszussion über die Festlegung des Termins für die Einberufung des Abrüstungsausschusses und des Sicherheitskomitees. Die französische Gruppe wollte das Sicherheitskomitee vor dem Abrüstungsausschuß stehen und zwar so, daß möglichst der Abrüstungsausschuß erst wieder einberufen würde, wenn das Sicherheitskomitee irgendwelche neue Aufgaben bezüglich Sicherheit und Schlichterbarkeit geschaffen hätte. Die energische Intervention des britischen Delegierten, Grafen Bernstorff, hat das verhindert. Man einigte sich schließlich dahin, daß das Sicherheitskomitee am 20. Februar und der Abrüstungsausschuß am 15. März nächsten Jahres erneut zusammentreten sollen.

Die kurze Tagung des Abrüstungsausschusses bot eine grobe und bedauerliche Zeugnisset, nämlich die ehemalige Unwesenheit der Russen unter der Führung Litwinows. Ihr mit großer Spannung erwartetes erstmaliges Auftreten in Genf hat die Situation für die weiteren Abrüstungsverhandlungen wesentlich verändert. Der Vorschlag von der französischen Gruppe, daß je Zuhilfenahme und damit der entscheidende Faktor für Sicherheit und Abrüstungsmöglichkeiten in Osteuropa, entfällt nun. Die Russen haben sofort ein radikales Abrüstungsprogramm auf den Tisch des Hauses gelegt, das eine allgemeine Abrüstung mit vollständiger Abschaffung aller bewaffneten Kräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft binnen vier Jahren vorsieht, und verlangten die sofortige Diszussion ihrer Vorschläge. Diese wurde jedoch auf die nächste Tagung des Abrüstungsausschusses im März verwiesen. Die Russen haben jedenfalls deutlich gezeigt, daß sie nicht geneigt sind, sich mit papierenen Resolutionen zu begnügen, sondern Eaten sehen wollen. Leider ist die Bereitschaft zur Abrüstung bei den anderen Großmächten nach wie vor gering. In der französischen Kammer haben bei den Budgetverhandlungen der Reichsminister des Finanzwesens und auch Briand selbst mit großem Aufwand eines genaueren Nachprüfens feinstesmas handhabenden Zahlenmaterials nachzuweisen gesucht, wie sehr Frankreich seine Rüstungen herabgesetzt habe, und ähnliches erklärte der englische Hauptdelegierte im vorbereitenden Abrüstungsausschuß Lord Chamberlain in einem Interview mit Journalisten, das mit dem Satz endete, „wir haben schon freiwillig getan, was wir jetzt von den anderen Nationen erwarten“. Unter Abrüstung versteht den noch immer jeder nicht die eigene, sondern die der anderen.

Besüglich des Sicherheitskomitees ist noch zu erwähnen, daß an ihm die Vereinigten Staaten und Rußland nur durch Beobachter teilnehmen. Beide wollen, da sie außerhalb des Völkerbundes stehen, sich in den politischen Fragenkomplex, den dieses Komitee zu behandeln hat, nicht hineinziehen lassen.

Die Tagesordnung der 48. Tagung des Völkerbundes, die am 5. Dezember in Genf begonnen hat, enthielt 29 Punkte, wozu noch sechs weitere kurz vor Beginn hinzugefügt wurden. Es handelt sich darin der ganze weite Problembereich der Völkerbundarbeit, angefangen mit den Finanz- und Verwaltungsfragen des Völkerbundes selbst über Hygienekomitee, Opiumhandel, Mädchen- und Kinderhandel, Kinderzucht, Volkshygiene, Stabilisierungsanleihen für Griechenland und Bulgarien, wirtschaftliche Wiederaufrichtung von Ungarn und die Fragen der Kolonisierung des internationalen Rechtes, die Weltwirtschaftsfragen, die sich aus der Weltwirtschaftskonferenz ergeben haben bis zu den hochpolitischen Fragen der Danziger Wehrplatte, dem ungarisch-rumänischen Streit über die Agrarenteignung, den litauisch-polnischen Streit und die Frage der deutschen Minderheitsfragen in Oberschlesien, womit noch lange nicht alle Punkte erwähnt sind.

Natürlich fanden die politischen Fragen im Vordergrund des Interesses, am meisten der polnisch-litauische Grenzfall wegen Bialina bzw. des immer noch von den Litauern als fortbestehend obigen Kriegsauslandes. Darüber ist es ja beinahe zum offenen Ausbruch der Feindschaften zwischen Polen und Litauen gekommen, und es hat der Einwirkung von verschiedener Seite in Kommo und Warschau bedurft, um die Gemüter etwas zu beruhigen. Polen wollte, wenn man von weitergehenden Plänen seiner Chauvinisten einmal absieht, Litauen die Beendigung des Kriegsauslandes und vor allem natürlich den endgültigen Verzicht auf Bialina bringen. Erreicht wurde schließlich nach vielem Hin und Her ein Kompromiß in Form einer Resolution des Völkerbundes, die den Kriegszustand zwischen Polen und Litauen als beendet erklärt, die litauische Unabhängigkeit förmlich anerkennt und die Litauische offen läßt.

Die beiden Danziger Fragen, die eine bezüglich der Wehrplatte, die andere bezüglich der Benutzung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe, sind schon öfter vor dem Völkerbund behandelt worden, die der Wehrplatte, wie Chamberlain mit deutlicher Spitze gegen die Polen und recht indignierter feststellte, zum sechzigsten Male. Diesmal hat Danzig seinen Standpunkt in der Hauptsache durchsetzen können; seine Souveränität und sein Kontrollrecht auf der Wehrplatte wurde vom Völkerbund ausdrücklich anerkannt, die Hafenzfrage wurde auf die nächste Völkerbundstratifikation vertagt. Die für uns auch aus prinzipiellen Gründen wichtige Angelegenheit der Prüfung der Kinder in Polnisch-Oberschlesien auf ihrer deutschen Sprachkenntnis durch einen schwerer Däbagon vor ihrer Zulassung zur deutschen Minderheitenschule ist an das Internationale Schlichtergericht im Haag verwiesen worden. Es handelt sich bekanntlich darum, daß Deutschland seine Zustimmung dazu gegeben hat, daß die Prüfung der Schulkinder, die von den Polen als Prinzip verlangt wurde, bei einer Anzahl dieser Kinder tatsächlich durchgeführt würde, aber nur als Ausnahme und unter Aufsicht der Leiter unseres Standpunktes, daß darüber, in welche Schule ein Kind geschickt werden soll, ob in die deutsche oder in die polnische, der Willen der Eltern zu entscheiden habe. Wir dürfen hoffen, daß der Haager Schlichterhof unseren Standpunkt als berechtigt anerkennen wird.

Einige der Punkte der Tagesordnung wurden bei der Prüfung der Möglichkeit einer Herabsetzung der Zahl der nächsten Ratstagungen. Der Ratstagungen im Jahre sind für die Außenminister der großen Mächte und ihre nächsten Mitarbeiter, die sich regelmäßig mit ihnen nach Genf begeben müssen, etwas viel. Sovohl Reichsminister Stresemann wie Chamberlain schlugen Herabsetzung der Zahl der Tagungen von vier auf drei vor. Da sich eine Einigkeit jedoch nicht erzielen ließ, wurde die Frage zunächst vertagt. Es werden also voraussichtlich nach wie vor jährlich vier Völkerbundratstagungen stattfinden.

## Vom deutschen Schlichtungswesen.

Von Rudolf Wiffell.

Größere Arbeitsfreigebheiten der letzten Zeit haben das Augenmerk weiterer Kreise auf das deutsche Schlichtungswesen gelenkt. Es erscheint deshalb ein Überblick über dieses Gebiet des sozialen Rechts geboten.

Schon vor dem Kriege war in Deutschland für ein Einigungs-wesen zum Zweck der Behebung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine gesetzliche Grundlage vorhanden. Nach dem Gewerbegerichts-gesetz waren die Gewerbegerichte, die

Vergewerbestreitungen, die Kaufmannsgerichte und die Seemannsämter die Einigungsstellen. Sie sollten bei Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit vorzuzuzwischen eingreifen, wenn sie von beiden Seiten anerkannt wurden. Eventuell sollten sie darauf hinwirken, daß ihre Hilfe in Anspruch genommen wurde. Gelang eine Einigung der Parteien nicht, mußten die Einigungsstellen ihnen einen Vergleichsvorschlag machen. Es hing dann vom Willen der Parteien ab, ihn zur Grundlage einer

Verhandlung zu nehmen oder auch nicht. Bei ersteren Streitigkeiten boten auch folgende Behörden ihre Dienste zur Vermittlung an, namentlich bei solchen Streitigkeiten, die über den Bezirk eines einzelnen Gewerbegerichts usw. hinausgingen. Besonders im Bauergewerbe kam es durch die Einwirkung von Behörden und von ihnen Beauftragter oft zu einer Verdrängung. Auch hier mußte der Wille zur Verdrängung auf beiden Seiten vorhanden sein, ein staatlicher Eingriff in die Willensbestimmung der Parteien kam nicht in Frage.

Neben diesen eben genannten Einigungsstellen befanden auch unter den verschiedensten Namen nicht tarifrechtlich vereinbarte Tarifämter, Tarifkommissionen, Schlichtungskommissionen. Ich gehe darauf noch in anderem Zusammenhang ein.

Im Jahre brachte dann das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 für den Bezirk einer Erklärungskommission besondere Schlichtungsausschüsse, deren Aufgabe die Beilegung von Streitigkeiten war. In der Regel war ein Beauftragter des Kriegsamts der Vorsitzende. Neben diesem wurden je zwei ständige und ein unfähiger Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Grund von Vorschlägen der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zugezogen. Diese Schlichtungsausschüsse konnten auch auf Anruf nur einer Seite tätig sein.

Bei der Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes durch den Rat der Volksbeauftragten am 12. Dezember 1918 wurden diese Schlichtungsausschüsse ausnahmslos aufgehoben. Eine Verordnung vom 25. Dezember 1918 löste sie jedoch aus ihrer Einordnung in die militärische Organisation. An die Stelle des vom Kriegsamt besetzten Vorsitzenden trat ein von den ständigen Vertretern gewählter. Das Reichsarbeitsamt, das spätere Reichsarbeitsministerium, wurde als Zentralstelle des Schlichtungswesens vorgezogen und erhielt das Recht, in wichtigen Fällen die Durchführung des Schlichtungsverfahrens selbst zu übernehmen, oder einer anderen Schlichtungsstelle zu übertragen. Eine besondere Regelung für die Drehmaschinen des Reiches und der Länder kann hier übergangen werden.

Die auf Grund des Gewerbegesetzes gegebene Zuständigkeit der eingangs genannten Schlichtungsstellen wurde durch die Verordnung vom 25. Dezember 1918 nicht berührt worden. Sie konnten also vor ihrer Aufhebung tätig geblieben werden, durften aber nur tätig werden, wenn die Anrufung von beiden Seiten erfolgte.

Gelang es den Schlichtungsausschüssen nicht, eine gütliche Einigung der Parteien herbeizuführen, konnte ein Schiedspruch abgegeben werden. Ein Zwang zur Unterwerfung befand nicht. Der Schiedspruch charakterisierte sich rechtlich lediglich als ein Vergleichsvorschlag an die Parteien. Durch die Demobilisierungserordnung vom 12. Februar 1920 wurde jedoch ein neues Recht geschaffen. Die Demobilisierungsbehörde konnte einen erganzenden Schiedspruch für verbindlich erklären, wenn die in ihm vorgelegene Regelung zweifellos der Billigkeit entspricht und wenn sie zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftens erforderlich ist. Es sollte durch die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches der fehlende Wille der Parteien zur Einigung ersetzt werden. Die Verbindlichkeitserklärung hatte dieselbe Rechtswirkung wie die freiwillige Vereinbarung; sie schloß sie bindet und verpflichtet die beiden Parteien.

Diese Regelung war als eine vorläufige gedacht, sie sollte durch eine gesetzliche ersetzt werden. Zu ihr ist es bisher nicht gekommen. Zwar hatte die Reichsregierung 1921 den Entwurf einer Schlichtungsordnung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt, er ist im Reichsarbeitsministerium und im Reichsrat zur Verabschiedung gekommen, jedoch im Reichstag liegengeblieben, da die Unfähigkeit der gesamten wirtschaftlichen Verbände sich der fortgesetzten Inflation eine gesetzliche Regelung zu verschaffen sahen. Als jedoch nach Beendigung des Krieges die Stabilisierung der Währung bevorstand und man mit der Möglichkeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe rechnen mußte, suchte die Reichsregierung durch eine Neugestaltung des Schlichtungswesens den Boden für eine friedliche Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten zu ebnen. Der Staat wollte nicht untätig zusehen, daß zu all den vielen wertvollen Kräften, die unter der Lupe der Zeit zermürbt und zerrieben waren und wurden, noch weitere im Wirtschaftskampf zerrieben würden. Er wollte Hilfe leisten, Gegenätze zwischen den Parteien des Arbeitsvertrages ausgleichen und durch Vereinbarungen zu überbrücken. Dazu mußte der Aufbau des bisherigen Schlichtungswesens wesentlich vereinfacht werden und auch eine Entlastung der Schlichtungsbehörden von wesentlichen Aufgaben eintrreten. Das geschah durch die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923. Sie ist ergänzt worden durch Ausführungsverordnungen, von denen nach dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes nur noch die zweite gilt.

Unter Beachtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge wurden die Bezirke der neuen Schlichtungsausschüsse wesentlich vergrößert. 120 solcher Bezirke wurden geschaffen und somit ebensoviel Schlichtungsausschüsse. In größeren Bezirken haben je zum Teil Zweigstellen. Die Schlichtungsausschüsse bestehen aus einem unparteiischen Vorsitzenden und Stellvertreter und aus Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl. Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter werden von der obersten Landesbehörde oder

der von ihr ermächtigten Stelle nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Schlichtungsbezirkes bestellt. Die Beisitzer beruft je auf Vorschlag dieser Vereinigungen auf drei Jahre. Bei der Berufung sollen die hauptsächlichsten Gewerbezweige, Berufsarten und Betriebsarten des Bezirkes berücksichtigt werden, soweit das nicht durch Einrichtung von Zweig- oder Fachkammern geschieht.

Für größere Wirtschaftszweige, zumteil mehrere Bezirke von Schlichtungsausschüssen umfassen, sind dann noch ständige Schlichter bestellt worden, zur Zeit deren neunzehn.

Während die Besetzung der Landesbehörden fest, sind die Dienststellen der Schlichter Reichsbehörden. Dementsprechend tragen die Länder die Kosten der Schlichtungsausschüsse und das Reich die durch die Tätigkeit der Schlichter entstehenden.

Diese Schlichtungsbehörden haben zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen) Hilfe zu leisten. Tarifvertrag ist die schriftliche Vereinbarung zwischen einem einzelnen Arbeitgeber oder einem Arbeitgeberverbande einerseits und einer Arbeitnehmervereinigung andererseits, welche die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen in einem räumlich und beruflich umgrenzten Umfang zum Gegenstand hat. Auf das Wesen eines Tarifvertrages kann hier nicht weiter eingegangen werden. Betriebsvereinbarung, die in der Praxis nur eine sehr unregelmäßige Rolle spielt, ist die schriftliche Vereinbarung zwischen dem Betriebsrat oder einem Vereinbarungen zwischen der Organe des Betriebes auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Der Abschluß solcher Verträge und Vereinbarungen ist an sich ein privater Willensakt. Wo der Wille zu ihm vorhanden ist, wird auch ein Weg zu ihm gehen werden können. Wenigstens ist es unter normalen Verhältnissen der Fall. Heute ist der Weg dazu selbst bei vorhandenem Willen schwerer zu finden. Nur zu häufig glaubt jede Partei, daß die andere ihren besonderen Bedürfnissen nicht genügende Berücksichtigung zuteil werden lasse. Da soll nun die staatliche Schlichtungsbehörde eingreifen; sie soll Hilfe leisten, sie soll die Gegenätze ausgleichen suchen, soll Mittel finden, soll schlichten. Das Ergebnis wird im allgemeinen der Bilanzierung des beiderseitigen Schlichtungsausschlusses entsprechen, d. h. es wird den freitretenden Parteien die tatsächlichen Bedingungen bringen, die sie sonst vermutlich nach einem längeren oder kürzeren Arbeitskampf erreicht hätten.

Je eine zwischen den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle vorhanden, so soll sie in erster Linie die Vermittlungstätigkeit übernehmen. Nur wo eine solche Stelle nicht vorhanden ist, oder sie den Abschluß einer Gesamtvereinbarung nicht herbeiführt, soll das staatliche Schlichtungswesen wirksam werden.

In erster Linie ist der Schlichtungsausschluß zuständig, in dessen Bezirk die beteiligten Arbeitnehmer beschäftigt sind, sofern nicht der Schlichter eingreift. Wenn mehrere Schlichtungsausschüsse zuständig sind, verleiht die Streitigkeit bei dem Schlichtungsausschusse, der sich zuerst mit ihr befaßt hat, ein an sich unzulässiger Schlichtungsausschluß wird zuständig, wenn die Parteien es vereinbaren, oder ohne die Unzulässigkeit geltend zu machen, in die Verhandlung der Sache eintritten.

Der Schlichter hat wichtigere Fälle seines Bezirkes an sich zu ziehen, z. B. solche, die wegen der Bedeutung des in Betracht kommenden Berufskreises oder des Umfangs des Streites von größerer Wichtigkeit für das Wirtschaftsleben sind. Auch können vom Reichsarbeitsministerium für den einzelnen Fall besondere Schlichter bestellt werden. Das geschieht im allgemeinen, wenn der Streit über den Bezirk eines Schlichters hinausgeht.

Um den Abschluß einer Gesamtvereinbarung zu erreichen, haben die Parteien zunächst vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschlusses bzw. dem Schlichter ihre Streitpunkte zu verhandeln. Der Vorsitzende soll versuchen, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Gelingt das nicht, ist die Schlichtungskammer zu berufen, d. h. es sind die Beisitzer hinzuzuziehen. Beim Schlichtungsausschluß erfolgt das nach den dort geführten Beisitzern; der Schlichter beruft die Beisitzer nach möglicher Berücksichtigung der Wünsche der Parteien. Gelingt auch hier keine Einigung, ist ein Schiedspruch zu fällen. Kommt in der Kammer keine Mehrheit für einen Spruch zustande, muß der Vorsitzende für seine Person einen Spruch abgeben. Das ist gegenüber dem früheren Recht neu. Es soll verhindert werden, daß die Kammerberatung ergebnislos hinführt, wie es früher oft der Fall war. Der ergabende Spruch hat lediglich die Bedeutung eines Vorschlages für die Parteien. Er bindet sie noch nicht. Sie können ihn innerhalb einer ihnen gestellten Frist annehmen oder ablehnen. Nichtäußerung innerhalb der gestellten Frist gilt als Ablehnung. Wiederzeitige Zustimmung hat die Bedeutung des Zustandekommens einer Gesamtvereinbarung mit der gleichen Rechtswirkung, wie eine freiwillige Vereinbarung der Parteien selbst. Die Zustimmung erfolgt alle die Schriftform des Tarifvertrages. Es kann sich niemand darauf berufen, daß weil kein schriftlicher Tarifvertrag vorlag, die Abhängigkeit des Tarifvertrages zulässig sei.

Eine fehlende Zustimmung kann nur nach dem geltenden Recht auch wieder durch die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches ersetzt werden. Die Verbindlichkeitserklärung tritt an die Stelle der

Zuführung der Parteien und schafft genau so einen Rechtszustand zwischen ihnen, wie ihn eine freiwillige Vereinbarung geschaffen hätte, d. h., die Parteien sind an den durch die Verbindlichkeits-erklärung zustande gekommenen Zwangstarif ebenso gebunden wie an einer freiwillig vereinbarten. Sie machen sich einander also ebenso seldener verpflichtet, wenn sie den Zwangstarif brechen, wie das bei jedem Vertragssbruch der Fall ist.

Die Verbindlichkeitsklärung kann von der Partei beantragt werden, die einen Schiedspruch angenommen hat. Beim Vorliegen eines öffentlichen Interesses kann auch die Verbindlichkeit von Amts wegen ausgesprochen werden. Voraussetzung für die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches ist, daß die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist.

Zufänglich für die Verbindlichkeitsklärung ist der ständige Schlichter für Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse und vereinbarten Schlichtungsstellen seines Bezirks. Für Schiedssprüche, die einen Bezirk wesentlich überschreiten und für Schiedssprüche, die seine von einem Schlichter berufene Schlichterkammer fällt, ist das Arbeitsministerium zuständig.

Durch die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches wird der Mittelteil zum Schiedsrichter, mit der Befugnis, endgültig und verbindlich zu bereinigen, was zwischen der Parteien streitig war.

Eine Partei gegen ihren Willen zu binden, ist wörtlich kein Ideal. Es soll nur geschehen, wenn die Einzelinteressen mit den Allgemeininteressen in Konflikt kommen, wenn öffentliche Interessen den Vorrang vor Einzelinteressen erheben. Die Verbindlichkeitsklärung dient deshalb auch nicht so sehr der Durchsetzung der fordernden der einen oder anderen Partei, als vielmehr der Abwendung drohender wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Schäden von der Allgemeinheit. Nur, wo trotz Vermittlung der Schlichtungseinrichtungen keine Gegenseitige Gefahren für die Allgemeinheit heraufbeschwört, hat der Staat das Recht und die Pflicht, diese Gefahren durch zwangsmässigen Eingriff in die Selbstbestimmung der am Streit Beteiligten abzuwehren.

Was billig ist, und ob die zwangsmässige Durchführung eines Schiedspruches aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist, unterliegt der pflichtgemässen Beurteilung des Schlichters in Worte des Reichsarbeitsministeriums. Das kann das Gesetz nicht in der Hand lassen. Das Allgemeininteresse muß oberste Richtschnur sein.

Das Ergebnis der Schlichtungstätigkeit liegt für die Jahre 1924 und 1925 in Zahlen vor. Für 1926 sind die Zahlen bisher nicht bekannt gegeben worden.

		Schlichtungsfälle	
		1924	1925
Es wurden gezählt rund		18 500	13 400
Dadurch wurden durch Einigung im Vorverfahren oder vor der Kammer, durch beiderseits angenommene Schiedssprüche und durch Einigung im Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung erledigt		13 000	9 100
	oder	70%	68%
Die Verbindlichkeit wurde ausgesprochen in		839	207
Fällen, das sind		4,5% bzw. 5,2%	

Deutlicher noch als aus diesen Zahlen ergibt sich die Wirksamkeit der Schlichtungsbehörden aus der Statistik der Arbeitskämpfe. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug im letzten Jahre etwa 1,2 Millionen. Vergleicht man damit die Zahlen in anderen Ländern, so sieht man den Unterschied. In Dänemark wurden 12 Millionen und in England 168 Millionen verlorenen Tage gezählt. Selbst wenn man den Generaltarif in England mit 100 Millionen Arbeitstagen in Abzug bringt, ergibt sich doch ein so wesentlicher Unterschied, daß er nicht auf einen Zufall zurückgeführt werden kann. In ihm zeigt sich mit der Einflüsse der Schlichtungsbehörden auf die Einschränkung der Arbeitskämpfe in Deutschland. Es findet wohl kaum ein größerer Arbeitskämpfe hat, denn nicht ein Verlust der Beschäftigung durch Inanspruchnahme der Schlichtungsbehörden vorausgesetzt. Auf beiden Seiten wird es als feststehend angesehen, daß zunächst der Versuch einer Einigung durch Vermittlung der Schlichtungsbehörden gemacht wird. Die Parteien fühlen mehr, als es ihnen klar zum Bewußtsein kommt, daß, wenn zwischen ihnen einmal die Fäden zerissen sind, die Schlichtungsbehörden sie doch wieder antun können. Oft verlassen sie sich darauf, daß es geschieht.

Ganz lassen sich Arbeitskämpfe natürlich nicht vermeiden. Es würde auch vollständig verfehlt sein, wenn man den Versuch machen wollte, jeden Kampf im Wirtschaftsleben zu unterbinden. Es gibt hier Spannungen, die nur gelöst werden können, wenn die Parteien des Arbeitsvertrages die beiderseitigen Kräfte einmal messen. Erst wenn sich diese Kräfte Luft gemacht haben, ist eine Verdingung, zu der es so immer kommen muß, weniger schwer.

## Die Weltgeltung der deutschen Eisenindustrie.

Von Hans J. Schneider\*), Dr. rer. pol. Dr. phil.

Die deutsche Eisenindustrie konnte im Oktober 1927 auf eine monatliche Erzeugung von 1,4 Millionen t Roh Stahl und 1,1 Millionen t Roheisen zurückblicken. Nicht mit Unrecht hat Generaldirektor Döglber bei der Tagung der deutschen Eisenkollennente in Berlin darauf hingewiesen, daß sich hinter diesen Ziffern eine hohe Leistung verbirgt. Eine monatliche Rohstahlerzeugung von 1,4 Millionen t bedeutet nämlich auf das Jahr umgerechnet, eine Erzeugung von rund 17 Millionen t Rohstahl, d. h., eine ebenso große Erzeugung, wie sie Deutschland auf dem weit größeren Reichtumsgelände der Vorkriegszeit (ohne Luxemburg) gehabt hat. Und das, obwohl Deutschland das Defizit von Derfallees bekanntlich 45,5 v. H. seiner Rohstahlerzeugung, 56 v. H. seiner flüssigbleierzzeugung und 34,4 v. H. seiner Walzwerkzeugzeugung verloren hat. Trotz der knappen Erzebis, trotz der im Vergleich zu anderen Ländern überhöhen Steuerlichen und sozialen Belastung, trotz hoher Arbeitslöhne und im Vergleich zu anderen Ländern recht unangünstigen Gradheitsbelastungen ist dies ein Ergebnis, auf das der deutsche Hüttenmann stolz sein kann. Bei näherer Prüfung ergibt sich aber, daß dieses Resultat auch einmal von einer anderen Seite betrachtet werden kann. So ersichtlich die Produktionssteigerung ist, so fragt es sich doch, ob diese Entwicklung beibehalten werden wird. Und da sind die Aussichten — selbst bei bescheidenstem Optimismus — zum Teil doch recht trübe. Drei Momente fallen ins Auge: einmal die unfrenundlichen Marktverhältnisse auf dem sog. Weltisennarkt, dann die nicht leichte Stellung der deutschen eisenhaffenden Industrie im Rahmen der internationalen Stahlgemeinkunde, und endlich — die beiden ersten Momente verfehrend — die augenblicklichen sonstigen Aussichten.

Wenden wir uns dem ersten Punkt zu. Es ist eine billige Weisheit, den Gespans zwischen der Weltisennark und Rohstahl einseitig und der effektiv gewordenen Nachfrage nach Eisen und Stahl andererseits hinzustellen. Viel wichtiger ist darauf hinzuweisen, daß, wenn man den latent vorbandenen Bedarf an Eisen und Stahl berücksichtig, die augenblicklichen Kapazitäten kaum ausreichen

würden, um ihn zu decken. Wäre die Welt nicht physikalisch immer noch feant (Reparationsglaube, Transferrernöglichkeit, internationale Schuldendien), fernhaltung fremder Fabriksate usw.) und befände die Möglichkeit, durch weltweites Zusammenarbeiten, durch verdamnislos, planmäßige Kollisionsänderung der latenten Bedarf effektiv zu werden zu lassen, dann wären wir aller Sorgen ledig.

Um dies zu veranschaulichen, wurde eine Reihe von Berechnungen durchgeführt, die das Wachstum der Roheisen- und Rohstahlerzeugung in den wichtigsten eisenhaffenden Ländern in der Zeit vor dem Kriege (1889 bis 1913) festzulegen sollen. Mit Hilfe der mathematischen Statistik wurde eine Reihe von Gleichungen gefunden, die das Wachstum der verschiedenen Erzeugungsarten wiedergeben.

Deutsches Reich:

$$\begin{aligned} \text{Roheisenerzeugung: } & Y = 0,02 x^2 + 0,50 x + 8,58 \\ \text{Rohstahlerzeugung: } & Y = 0,02 x^2 + 0,64 x + 7,01 \end{aligned}$$

Frankreich:

$$\begin{aligned} \text{Roheisenerzeugung: } & Y = 0,06 x^2 + 1,2 x + 2,59 \\ \text{Rohstahlerzeugung: } & Y = 0,01 x^2 + 0,15 x + 1,58 \end{aligned}$$

England:

$$\begin{aligned} \text{Roheisenerzeugung: } & Y = 0,02 x^2 + 0,11 x + 8,95 \\ \text{Rohstahlerzeugung: } & Y = 0,022 x^2 + 0,17 x + 4,98 \end{aligned}$$

Vereinigte Staaten von Nordamerika:

$$\begin{aligned} \text{Roheisenerzeugung: } & Y = 0,025 x^2 \pm 1,02 x + 15,59 \\ \text{Rohstahlerzeugung: } & Y = 0,023 x^2 + 1,19 x + 12,59 \end{aligned}$$

Wäre das Wachstum der Roheisen- und Rohstahlerzeugung in den verschiedenen Ländern — natürlich unter Berücksichtigung des jeweiligen Gebietsumfanges — in derselben Weise vorzugeschritten wie vor dem Kriege, so hätte Deutschland im Jahre 1927 eine Rohstahlerzeugung von etwa 24 Millionen t haben müssen. Tatsächlich aber hat Deutschland im Jahre 1927 bei weitem nicht diese Erzeugung erreicht. Selbst wenn man annimmt, daß die Erzeugung des günstigsten Monats das ganze Jahr über bestanden hätte, müßte man auf allerhöchstens 17 Millionen t kommen. Bei Frankreich liegt es ähnlich. Nach dem Wachstum des alten französischen Gebietes würde

\*) Vgl. auch die Ausführungen des Verfassers, Sachverhalte im Bulletin für Raumwirtschaft, im Sonderheft 1 der Vierteljahrsschrift für Raumwirtschaft, Seite 60 ff.



im Jahre 1927 eine Erzeugung von 10,5 Millionen t Rohstahl zu erwarten gewesen sein, wozu noch die nach dem Vorkriegsstandum zu erwartende Erzeugung in Kottningen von 4,4 Millionen t gekommen wäre, was eine Gesamterzeugung von 14,9 Millionen t entfallen hätte. Kegt man die günstige Monaterzeugung zu Grunde, so kommt man auf eine Rohstahlerzeugung von 8,5 Millionen t. Das selbe Bild ergibt sich für England. Nach dem Wachstum der Vorkriegszeit wäre eine Rohstahlerzeugung von 10,8 Millionen t zu erwarten gewesen. Unter Zugrundelegung der höchsten Monatsziffer im Jahre 1927 ergibt sich eine Erzeugung von 8,1 Millionen t. Selbst die Vereinigten Staaten zeigen das gleiche Bild. Nach dem Wachstum der Vorkriegszeit hätte man eine Erzeugung von 63,6 Millionen t Rohstahl erwarten müssen. Unter Zugrundelegung der günstigsten Monaterzeugung kommt man auf eine Erzeugung von 49,2 Millionen t. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Erzeugungsziffern Deutschlands sich auf eine ausgedehnte Hochkonjunktur beziehen, während die Erzeugungsziffern in den anderen Ländern eine mehr oder weniger starke wirtschaftliche Depression festzeichnen. Auf lange Sicht gesehen, ist also die Lage Deutschlands nicht so günstig, wie sie diese Zahlen widerspiegeln.

Ist dies nicht eine faktische Spielerei? Das ist zu verneinen. Mit Ausnahme der 3. eingeschränkten Rüstungsarbeiten ist an sich technisch kein Grund vorhanden, warum das Wachstum des Eisenverbrauchs heute, in der Nachkriegszeit, als tatsächlich latent vorhanden Bedarf, geringer sein sollte als vor dem Kriege. Der Bedarf an Eisen und Stahl ist ungeborend groß. Dazu kommt, daß noch weite Gebiete in Südamerika, Asien und Afrika der Erschließung harren. Die Ausnutzung der Wasserkräfte, die Industrialisierung der Landwirtschaft in den noch heute extensiv arbeitenden Gebieten kann, allerdings unter der Voraussetzung einer planmäßigen Entwicklung des Kreditgeschäftes, noch ungeahnte zusätzliche Leistungsmöglichkeiten bieten. Dies setzt aber eine psychische Gesundung der Welt voraus, indem einmal ertümelte Auffassungen über Reparationsmöglichkeiten und Transferserven, über Forderung fremdländischer Industrieresteigisse usw. endgültig beseitigt werden. Dann aber gehört eine gewisse Großzügigkeit aller Nationen im internationalen Geschäft dazu. Bisher ist auf diesem Wege kaum der kleinste Schritt getan worden.

Vielleicht den größten Fortschritt in dieser Hinsicht stellt das Abkommen der internationalen Rohstahlgemeinschaft dar, wonach Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und das Saargebiet sowie einige kleinere eisenstehende Länder ihre Stahlerzeugung entsprechend dem Inlandsbedarf ihrer Länder und entsprechend den Ausfuermöglichkeiten festsetzen. Zu einer Gesundung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Eisenmarkt hat dies aber nicht geführt. Als zu Beginn des Jahres 1927 die englische Eisenindustrie ihre alte Leistungsfähigkeit wieder erreichte, als in Frankreich eine allgemeine Depression auf den inländischen Verbrauch drückte, als in Großbritannien, Belgien und in den Vereinigten Staaten der Rückgang des Inlandsbedarfes sich ebenfalls mehr und mehr bemerkbar machte, wurde der heftige Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erneuert, verschärft, was sich in den typischen Exportpreisen (sob Antwerpen) ausdrückte. Nun ist die Stellung der deutschen eisenstehenden Industrie innerhalb der internationalen Rohstahlgemeinschaft zweifellos keine leichte. Die deutsche Eisenindustrie ist in ihrer ganzen Effizienz an das mit dem internationalen

Abkommen verknüpfte Kontingentsabkommen gebunden. Anknüpft der Produktionsverhältnisse in Kottningen und der süddeutschen Geschäftsbeziehungen in Deutschland hier Verbindung suchen. Dies weist natürlich die Konkurrenz, speziell Kottningen, die überles durch gewisse günstige Produktionsfaktoren an sich einer Vorprüfung hat, der auch durch die weitgehenden Verdienste der deutschen Eisenhüttenleute nicht ohne weiteres wettgemacht werden kann. Zur alzu sehr ist in Deutschland das berechtigte Moment der Rationalisierung zu einem Schlagwort verzerrt worden. Die mengenmäßige Leistungsfähigkeit ist bekannt und kann allen Respekt fordern. Wie aber sieht es mit dem eigentlich wirtschaftlichen Maßstab der Rationalisierung, bei der die Abstreibungen gerechte Berücksichtigung finden? Und weiter: wofür Auslegung der mengenmäßigen Leistungsfähigkeit wird ein schlechterer Ausnutzung der Kraftanlagen zur Folge haben? Diese Fragen stellen, heißt sie mahndend im Auge behalten. Eine exakte faktische Klärung ist ja kaum möglich. Das Paradoxe in der modernen Wirtschaft ist es ja eben, daß gerade die kapitalintensivsten Industriezweige wie 3. B. die eisenstehende Industrie, also die Industriezweige, die eigentlich einen kontinuierlichen Betriebsgrad erfordern, gerade diejenigen sind, die den stärksten Schwankungen im Beschäftigungsgrad ausgesetzt sind.

Und hier liegt der wichtige Gesichtspunkt, d. h. in den konjunkturellen Ausflussschwankungen. Wodurch ist denn die augenblickliche Lage „Konjunkture“ der eisenstehenden Industrie ermächtigt worden? Es ist eine reine Inlandskonjunktur, in erster Linie getragen durch das Baugeschehen und die Reichsbahn, dann durch den gesamten finanziellen Aufschwung. Käht der deutsche Inlandsbedarf nach — und ohne „Defizit“ zu sein, darf man die warnenden Symptome am Geld- und Kapitalmarkt nicht außer acht lassen — dann muß die deutsche eisenstehende Industrie wieder die ganze Schwere der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auf sich nehmen. Selbst die Preisspanne zwischen „Inlands-“ und „Weltmarkt“preis wird dann kaum ganz ausgleichend wirksam sein können. Zur eine Hoffnung gibt es: daß in der Welt eine Periode des Aufschwunges eintritt. Dazu kommt noch die Bedeutung der sog. begrenzten Kohlen. Käht die deutsche Erzeugung nach, dann hat dies für die Konkurrenzmöglichkeit weitere Nachteile. Durch die geringere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten werden gewisse Kostenanteile erhöht. Eine Verringerung der Abfallenergie ist die Folge. Zur bei pflegerischer Behandlung der eisenstehenden Industrie durch alle in Frage kommenden Stellen ist dann der eingangs erwähnten gesunden Entwicklungsmöglichkeiten trotz aller natürlich — ständigen und zeitlich — vorübergehenden Nachteile die Hoffnung vorhanden, daß die deutsche eisenstehende Industrie im Rahmen der noch zu schließenden internationalen Abkommen den Platz erhält, der ihr gebührt. Wir haben doch ein Volk zu erwähnen. Die Lösung des latenten Eisenbedarfes in der Welt ist ein Weg dazu, vorausgesetzt, daß wir konkurrenzfähig bleiben. Wenn man das Wachstum der Rohstahlerzeugung für die Vorkriegszeit von 1889—1913 berechnet, und annimmt, daß diese Wachstumsdaten beibehalten werden können, dann hätte man im Jahre 1926 auf eine Weltproduktion von 148,6 Millionen t. Das ohne willige Neuorientierung das Wachstum in derselben Weise wie vor dem Kriege fortsetzt, ist natürlich nicht zu erwarten. Dagegen dürfte es schon heute nicht als utopisch angesehen werden, wenn man für das Jahr 1930 eine Erzeugung von 110 Millionen t und für das Jahr 1935 eine solche von 130 Millionen t annimmt. Wahrscheinlich wird das Wachstum sogar noch stärker sein.

## Beiträge zur Lage der Eisenwirtschaft.

Zusammengestellt von Kurt Heinig, M. d. V.

Wozu aller Chemie leben wir nach wie vor in der Eisenzeit. Dort, wo Ergo geschmolzen, Eisen gezogen, ist Stahl gefertigt, ist alles nicht nur Eisenbahn in einer Maßnahme, es ist auch hart und fähig. Wer hier ein Urteil fällen will, muß Laßhaken kennen; nachfolgend ist eine Reihe von ihnen zusammengefaßt.

### 1. Der geschichtliche Cabehand.

Die Nachkriegszeit weist ein solches Ansehen von Unschadenverflechtungen auf, daß es beinahe ausichtslos erscheint, es entgegen zu wollen. Und doch steht für die deutsche eisenstehende Industrie ein Problem im Vordergrund. Alle anderen Stragen treten dagegen zurück.

Durch die Kriege- und Inflationszeit hindurch war die deutsche eisenstehende Industrie eine Zeitlang isoliert. Die Welt war aber nicht hehengeblieben. Während die Weltproduktion von Rohstahl im Jahre 1913 noch nicht 70 Mill. t betragen hat, darf man sie für das Jahr 1925 auf 87 Mill. t und für 1926 auf rund 90 Mill. t schätzen. Nicht diese Gesamtzahlen sind das Wesentliche, sondern die in diesen Ziffern enthaltenen grundlegenden Veränderungen des Weltmarktes: die überragende Stellung der Vereinigten Staaten, das weitere Zurücktreten Englands, das durch den Bergarbeiterstreik 1926 einen neuen schweren Schlag erhalten

hat, die neuen Machtstärken auf dem Eisenmarkt, Frankreich und Belgien-Luxemburg, das Aufkommen neuer Eisenindustrien in Italien, Spanien und Aboesee (Indien) usw.

Es galt, der durch die Verluste Kottningen, Luxemburg, der Saar und Oberösterreichs verringerten Eisenindustrie, diesem durch Inflationsrisikofaktoren, Preisbeschwerden und Ausfuermehre gezwungen und durch Ruhestreik, Mißwirtschaften usw. beinahe zum Erliegen gebrachten Industriezweig wieder einen Platz auf dem Weltmarkt zu erobern. Die Schwundung der deutschen Produktions- und Absatzbedingungen bildete also den Ausgangspunkt. Eine mühselige Entwicklung, die nicht ohne Opfer zu erreichen war, war erfolgt. Sie hat mit dem Zustandekommen der westeuropäischen Stahlverbindung einen vorläufigen Abschluß gefunden.

Mit dem Wiederauftreten der englischen Konkurrenz nach Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks beginnt eine neue Periode, die einen ganz anderen Charakter aufweisen wird als die jüngste Vergangenheit, bei der der Ruhestreik von 1923 und der englische Streik wichtiger Maßnahmen bilden.

(Aus einer 1927 erschienenen Studie von Dr. Hans J. Schneider, Institut für Konjunkturforschung, „Zur Analyse des Eisenmarktes“, Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 1.)





2. Die neue Rationalisierung.

Das Wesentliche an der Strukturveränderung der Hoheisen-  
erzeugung geht nur indirekt aus Zahlen hervor. Es ist dies nämlich  
die Veränderung in der Leistungsfähigkeit der  
Hochofen. Trotz des Verlustes von 55 v. H. der Hochofen des  
alten Reichsgebietes (von 376 Hochofen verblieben 216) und obwohl  
die Zahl der Hochofen keine wesentliche Veränderung erfahren hat,  
wird heute mit nur etwa 40 v. H. der im Betrieb befindlichen Hochofen  
sofort die gleiche Erzeugung wie vor dem Kriege geschafft, als der  
größte Teil der damaligen Hochofen unter Feuer stand. Die  
Leistungsfähigkeit der Hochofen ist nämlich beträchtlich gestiegen. Bei  
den großen Werken von etwa 500 t auf etwa 1000 t Tageserzeugung  
je Ofen. Allerdings gilt dies in der Hauptsache nur für Rheinland-  
Westfalen, während in den übrigen Eisenbezirken der Hochofen von  
100 bis 500 t Tagesleistung noch die Regel bildet. Im Zusammen-  
hang damit steht die weitgehende Mechanisierung aller  
Transportanlagen, die Einrichtung von senk-  
rechten Hübelaufzügen, die Verwertung der  
Sichtgase unter Freilegung des wertvollen Koksessenzes für  
andere häutentechische oder außerbetriebliche Zwecke, das elek-  
trische Staubabscheidungsverfahren unter Dreifachertung und  
Agglomerierung usw. Heute ist die Leistungsfähigkeit der Hochofen  
(51 000 t in 24 Stunden) in 24 Stunden noch nicht zu 60 v. H.  
ausgenutzt.

Auch bei der Stahlerzeugung liegt das entscheidende  
Kennzeichen der Strukturveränderung in der Ausweitung der  
Kapazität. Die Thomasbirnen, die früher eine Fassung  
von etwa 10 bis 15 t hatten, sind auf 20 t und noch mehr vergrößert  
worden. Auch beim Siemens-Martin-Verfahren —  
in der Hauptsache Schrottrohfenverfahren — ist die Vergrößerung  
der Ofeneinheiten charakteristisch. Während noch vor einem Jahre  
jedoch die Fassung der Siemens-Martin-Ofen im Durchschnitt etwa  
20 bis 30 t betrug, sind jetzt nach dem amerikanischen Vorbild Ofen  
von 80 bis 100 t keine Seltenheit mehr.

(Aus einer 1927 erschienenen Studie für Konjunkturforschung  
über den Eisenmarkt.)

Diese technische Rationalisierung, die im Grunde so alt ist, wie  
es überhaupt ein Wirtschaften mit technischen Hilfsmitteln gibt, ist  
ganz naturgemäß nach Lage der Dinge in den jüngstvergangenen  
anderthalb Jahren noch nicht zu einem Abschluss gebracht. Ihre  
Durchführung wird zweifellos noch manches Jahr erfordern.

Es handelt sich in den Eisen- und Stahlwerken darum, durch  
die Schaffung größerer Einheiten — größerer Hochofen, größerer  
Kammerofen, größerer Siemens-Martin-Ofen — das Ausbringen  
zu steigern unter gleichzeitiger Minderung  
der laufenden Produktionskosten. Es handelt sich  
um den einheitlichen Ausbau der Kraft- und Wärmewirtschaft, wo  
jedes Gas, jede Abhilfe, jeder Kohlenabfall bis zum letzten ausgenutzt  
werden muß, um eine Senkung der Produktionskosten zu  
erreichen. Im Steinkohlenbergbau gilt es, um ein Beispiel zu  
nennen, neue, moderne Kolereien zu schaffen, die imstande  
sind, nicht nur die Koksfohle einer Sehe, sondern auch die der be-  
nachbarten Sehe anzunehmen und unter vollständiger Ausnutzung  
der Gase und aller Nebenprodukte zu Koks zu verwandeln. Hier  
gilt es ferner, für die Gase, die man im eigenen Betrieb nicht  
verwenden kann, eine Verwertung auf fremden Betrieben durch  
Schaffung von Gasfernleitungen zu suchen, die eine ungeheure  
Ersparnis an Kohle wie an Transportaufwendungen bedeuten  
werden. Hier gilt es, die neuen Verfahren der Kohlenver-  
edlung und Kohlenverflüssigung weiter auszubauen — alles  
Maßnahmen, die naturgemäß ganz ungewöhnliche  
Kapitalaufwendungen erfordern.

Heute, wo wir in der Fülle sich drängender, ja einander über-  
stürzender Aufgaben auf dem Gebiete der technischen Rationalisierung  
noch mitten drin stehen, ist es natürlich schwer, nach außen hin  
zahlenmäßig die bisher erzielten Erfolge aller dieser Maßnahmen  
darzulegen. Eines können wir in den Vereinigten Stahlwerken  
zweifellos feststellen: nicht nur verzählten mit der Zeit vor dem  
Kriege, sondern auch bezogen lediglich auf die gut anderthalb Jahre  
seit Beginn unseres neuen Zusammenlaufes ist durch unsere  
organisatorischen wie technischen Maßnahmen eine wesent-  
liche Steigerung des arbeitsfähigen Erzeu-  
gungsanteils, der auf den einzelnen Arbeiter entfällt, erzielt  
worden, und zwar zweifellos über das Maß dessen hinaus,  
was lediglich auf den inwischen erfolgten  
Aufschwung unserer Mengenkonjunktur zurück-  
zuführen ist. Im April 1926, also zur Zeit, als wir uns zu-  
sammenschlossen, entfielen 3, 3. in unseren Stahlwerken 3,82 t auf  
den Arbeiter je Arbeitstag, heute 5,18 t, die Wohl-  
fabl. Ähnliche Zahlen gelten für die Hochofen wie für die Holz-  
werke.

(Dr. Helmuth Poensgen, Vorstandsmittglied der Vereinigten  
Stahlwerke L. O. auf dem kirchlich-sozialen Kongress in Düssel-  
dorf, Oktober 1927.)

Es zeigt sich, daß kaum eine andere Industrie so starke Ratio-  
nalisierungserfolge aufweisen kann, wie die Stahlgewerkschaft. Nach-  
folgend dafür einige Beispiele:

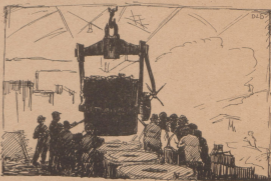
Hochofen	Erzeugung in Tonnen		Arbeiterzahl	
	Juli 1926	März 1927	Juli 1926	März 1927
Bochumer Verein . . .	28 434	53 500	447	053
Der Stahlwerke, Ruhr- ort-Meiderich . . .	86 159	112 297	1 330	1 167
Mag. - Thyssen - Hütte, Hamborn . . .	90 205	124 852	779	881
Niederheinische Hütte, Duisburg . . .	12 448	16 994	396	424
Hüttenbetz. Duisburg, Meiderich . . .	20 695	35 571	326	413
Hoersch . . .	48 020	60 050	455	500
Union, Dortmund . . .	62 000	76 611	800	840
Henrichshütte Hattingen . . .	6 290	15 870	154	239

In diesen Ziffern liegt ein außergewöhnlich großer Fortschritt.  
Die Produktion pro Kopf des Arbeiters betrug in Tonnen:

	Juli 1926	März 1927
Bochumer Verein . . .	63,6	100,5
Der Stahlw. Ruhrort, Meiderich . . .	64,7	96,2
Thyssen, Hamborn . . .	115,5	141,7
Niederhein. Hütte, Duisburg . . .	31,4	40,8
Hüttenbetz Duisb. Meiderich . . .	63,4	86,1
Hoersch . . .	105,7	120,1
Union, Dortmund . . .	77,5	91,2
Henrichshütte Hattingen . . .	40,8	66,4

Bei den Martin-Works stellen sich die Zahlen pro Arbeiter:

	Juli 1926	März 1927
Bochumer Verein . . .	71,4	90,2
Thyssen, Hamborn . . .	70,5	79,7
Hamborn'sche Werke, Duisburg . . .	52,1	59,7
Union, Dortmund . . .	66,8	94,4
Friedrich-Alfred-Hütte . . .	95,5	118,5
Linmer Hochhohlwerte . . .	57,0	73,7



In den Thomasmotoren ist die Leistung pro Arbeiter:

	Juli 1926	März 1927
Der. Stahlw. Rührort, Meibrich	126,6	182,1
Thyssen, Hamborn	228,2	285,7
Union, Dortmund	140,5	170,9
Phönix, Börde	170,9	188,5
Gute Hoffnungshütte, Oberhausen	88,0	162,6

Die Kopfleistung beträgt in den Hochdruckwerken:

	Juli 1926	März 1927
Der. Stahlw. Rührort, Meibrich	488,5	627,1
Thyssen, Hamborn	300,5	400,2
Hoesch	245,1	300,0

Diese kleine Auslese gibt einen guten Einblick in die steigende Produktivität der Werke.

(Aus „Der Deutsche“ vom 7. Dezember 1927.)

5. Die Lage der eisenhaltenden und der Maschinenindustrie.

Die Lage der eisenhaltenden Industrie ist nach wie vor durch hohen Beschäftigungsgrad, fast vollkommene Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten und durch stetige Steigerung des Inlandsabfahes gekennzeichnet. Während aber bisher der Auslandsabfahr mehr und mehr zurücktrat, scheint sich in dieser Beziehung im September 1927 ein Umwandlung anzubahnen. Die Ausfuhr hat sich nämlich in diesem Monat über das saisonübliche Maß hinaus erhöht. Dies gilt nicht nur für die direkte Ausfuhr von Roheisen, Halbzeug und Walzwerkzeugen, sondern auch für die indirekte Eisenausfuhr der weiterverarbeitenden Industrie, z. B. des Maschinenbaues.

Was den Inlandsabfahr der verschiedenen Walzwerkzeugen an betrifft, so weist der Abfahr an Erägern und Eisenbahnoberbaumaterial, der nicht nur konjunkturell, sondern in hohem Grade auch durch das amtliche Bauprogramm bedingt ist, nach wie vor die stärkste Steigerung auf: Der Abfahr an Erägern betrug im Monatsdurchschnitt des dritten Viertelsjahres 1927 11,9 v. H. gegen 8,9 v. H. im Jahre 1915 und derjenige von Oberbaumaterial 14,2 v. H. des Inlandsabfahes gegen 14,6 v. H.

Wichtig ist, daß nunmehr auch der Inlandsabfahr derjenigen Walzwerkzeugfabrikate stark zugenommen hat, die hauptsächlich von der Produktionsmittelindustrie aufgenommen werden. Dies ist besonders bei Grobblechen der Fall. Dabei ist wiederum für die Lage der Produktionsmittelindustrie charakteristisch, daß der Abfahr an Grobblechen erst verhältnismäßig spät gefolgt ist, während sich der Abfahr an Fein- und Mittelblechen weit früher entwickelt hat. Somit dürfte die Wirtschaft erst im Spätkommer in größerem Umfange zur Neuanlage von Produktionsmitteln geschritten sein, was auch durch die Verhältnisse auf dem Maschinenmarkt bestätigt wird.

Der Markt für Eisenroheisen ist im Augenblick noch durch eine starke Zunahme der Einfuhr gekennzeichnet. Da sich die Beschäftigung der Maschinen- und der gußeisnerzeugenden Industrie für die nächsten Monate nach dem vorliegenden Auftragsbestande noch auf der gegenwärtigen Höhe behaupten dürfte, ist auf dem Eisenroheisenmarkt erst später als von dem Schrottmart zu erwarten, obgleich beide Marktgebiete eng zusammenhängen. Die Entwicklung wird natürlich auch davon abhängen, wie weit der Maschinenbau und die gußeisnerzeugende Industrie in der Lage sind, aus den sich langsam bessernden Verhältnissen der Auslandsmärkte Nutzen zu ziehen.

Im zweiten Vierteljahr und in den ersten Monaten des dritten Vierteljahres 1927 war die Lage im Maschinenbau durch einen ruhigen und stetigen Fortgang der Aufwärtsbewegung gekennzeichnet. In den letzten Monaten ist der Inlandsauftragseingang im gesamten Maschinenbau dagegen verhältnismäßig rasch gestiegen. Dabei haben — und das ist für die gegenwärtige Wirtschaftslage charakteristisch — die Aufträge von Maschinen für die Produktionsmittelindustrien schneller zugenommen als diejenigen von Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien. In der Gesamtwirtschaft ist also die Leistung, neue Anlagen für die Herstellung von Produktionsmitteln zu schaffen, erst in einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt während des Aufschwunges in den Vordergrund getreten.

Nach Angaben des Vereins Deutscher Maschinenbauingenieure (VDIM) ist die Zahl der bei den berichtenden Firmen geleisteten

Arbeitsstunden im September 1927 auf 77 v. H. der Sollzahl gestiegen. Aus den verschiedentlich gemeldeten Lieferungsverzögerungen darf aber wohl geschlossen werden, daß manche Abteilungen des Maschinenbaues bereits voll ausgenutzt sind. Entsprechend dieser großen Beschäftigung hat der Eisenverbrauch des Maschinenbaues und insbesondere der Verbrauch an Gießereiroheisen und Gußeisen sich zugenommen.

Die stärkste Steigerung weist der Inlandsabfahr an mechanischen Fördermitteln und Wagen und an Maschinen für die Aufbereitung von Kohle, Erz, Steinen und Erden auf. Hierin kommt nicht nur der hohe Stand der Grundstoffherzeugung, sondern auch die gerade in diesen Wirtschaftszweigen schnell voranschreitende Rationalisierung zum Ausdruck. Der Inlandsabfahr an Kraft- und Arbeitsmaschinen ist schneller gefolgt als der an Werkzeugmaschinen.

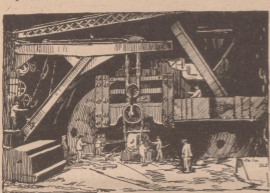
Der Auftragsbestand in den verschiedenen Gruppen des Maschinenbaues läßt gewisse Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Lage, insbesondere auf den Auftragsbestand der verschiedenen Industriezweige zu, wie auch unmittelbar aus der vorstehenden Lage der Industriegruppen auf den künftigen Auftragsbestand der verschiedenen Gruppen des Maschinenbaues geschlossen werden kann. Da der Auftragsbestand bei den Grundstoffindustrien eher abnehmen als zunehmen wird, dürfte eine weitere Steigerung des Inlandsabfahes an Fördermitteln und Wagen, an Maschinen für die mechanische Aufbereitung usw. und an Maschinen für Rütteln, Stahl- und Walzwerkstätten im wesentlichen durch die fortschreitende Rationalisierung, durch das natürliche, teils technisch bedingte Bauprogramm der Werke, weniger aber durch die konjunkturelle Bewegung bestimmt werden. Aus der Tatsache, daß der Auftragsbestand an Werkzeugmaschinen bisher nicht so stark gefallen ist wie der anderer Maschinengruppen, kann gefolgert werden, daß in den abnehmenden Industriezweigen (Maschinenindustrie, Metall- und holzverarbeitende Industrie usw.) wohl eine Zunahme des Auftragsbestandes, aber kein allzu hoher Auftragsbestand vorliegt. Ebenso weist der augenblicklich ruhiger Auftragsbestand an Textilmaschinen und Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie darauf hin, daß in den genannten Industriezweigen die Auftragsbestände nicht mehr gewachsen, sondern eher zurückgegangen sind.

Während also im zweiten Vierteljahr 1927 eigentliche Anzeichen der Bodenpannung beim Maschinenbau noch fehlen, treten sie jetzt in Erscheinung. Dabei ist für die künftige Entwicklung des Maschinenbaues außerordentlich bedeutungsvoll, daß auch der Auslandsabfahr wieder eine Steigerung aufweist. So hat insbesondere die Ausfuhr der beiden für den Export wichtigsten Maschinengruppen, die der Werkzeug- und Textilmaschinen, stark zugenommen. Auch der Export von Arbeits- und Kraftmaschinen hat sich erhöht. Allerdings ist anzunehmen, daß die Auslandsaufträge in den nächsten Monaten immer noch Rückschlüsse aufzuweisen werden. Die Gesamtentwicklung des Aufschwunges bewegt sich aber nach oben. Dies ist in erster Linie auf die sich bessernden Verhältnisse der Metall- und Textilindustrie der wichtigsten Absatzländer zurückzuführen.

(Aus dem am 8. Dezember 1927 erschienenen „Dierteljahreshft“ des Instituts für Konjunkturforschung.)



Die deutsche Eisenindustrie hat den Glauben an ihre Konjunktur noch keineswegs verloren. Das zeigen von neuem die jetzt für den Oktober vorliegenden Produktionsziffern. Mit 1 139 157 t Roheisen (gegen 1 046 633 t im September) ist für die Monatsergebnisse, mit 36 755 t auch arbeitstäglich der Höchststand der Nachkriegszeit erreicht.



Bei Roheisen ist man mit 1 414 481 t (gegen 1 375 621 t im September) dem Höchststand von August und März nahegekommen und hat arbeitstäglich mit 54 905 t den Höchststand des Monats wieder erlangt. Die Leistung der Walzwerke endlich ist mit 1 115 470 t gegen 1 132 847 t im August und 1 125 765 t im September kaum nennenswert zurück- und arbeitstäglich mit 42 826 t den Höchstleistungen im Mai und September (45 485 bzw. 45 299 t) ziemlich nahegeblieben.

In der Beschäftigung der Werke ist der Kalkulationspunkt, wie der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte in deren Generalversammlung erklärt hat, allerdings überschritten. Der Auftrags- und Bestand steht nicht mehr auf der Höhe des Geschäftsjahrs und Sommers. Er ist aber auch nach den übereinstimmenden Berichten von allen Seiten nicht mehr weiter zurückgegangen, als es von der Jahreszeit zu erwarten ist. Wenn das Eisenbahnzentralamt neuerdings mit Absinken zurückhält und der Baumarkt naturgemäß abgeflacht ist, so verzeihet man dafür erhöhte Aufträge des sich weiter konzentrierenden Wagonbaues, erwartet ebenso einen vermehrten Bedarf der Werften und gedenkt so die einwirkenden noch über den Jahres- schluß hinaus beschäftigten Werke durch den Winter zu bringen. Vorbehandelt ist die Beschäftigung noch so groß, daß die weiterarbeitende Industrie, die infolge der Geldknappheit nicht wie in früheren Zeiten große Lager unterhalten kann, bei der jetzt nicht nur so, sondern auch zu Fall vorgekommenen Deckung ihres Bedarfs noch über die langen Winterfristen der Werke klagt. Am Dehlmärkte und in Röhren, für die größere Zusandaufträge vorliegen, hat sich das Geschäft gegen die Vormonate sogar belebt.



(Aus dem Anfang Dezember erschienenen Monatsbericht der Commy- und Privatbank.)

4. Der Umfang der eisen-schaffenden Industrie und der von ihr abhängigen Industrien. Die Reichsergebnisse der gewerblichen Betriebszählung von 1923 geben einen guten Überblick, wenn man den Umfang der eisen-schaffenden

den und der von ihr abhängigen Abnehmerindustrien erkennen will. Bei den Zahlen ist zu beachten, daß je feilher nicht kleiner, sondern teilweise sogar wesentlich größer geworden sind.

Die in Kurso gesetzten Ziffern stellen sogenannte kombinierte Betriebe dar, die 1907 bei der damaligen Betriebszählung nicht gesondert behandelt wurden, jetzt wegen der erstmaligen Sondererhebung in den Zusammenstellungen herausgehoben, also gesondert festlich gemacht wurden.

Gewerbezuggen Gewerkeklassen Gewerbearten	Zahl der		Stellung der vorhandenen zum Stande von 1913 (in Prozenten)		
	gewerblichen Zustellung,	Beschäft. Personen insgesamt davon weiblich	Werk- stätten in %	Elektro- motoren in %	
<b>Eisen- u. Metallgewinnung</b>	<b>3 069</b>	<b>322 154</b>	<b>12 086</b>	<b>525 290</b>	<b>1 545 770</b>
1. Hochofenindustrie	1 642	242 313	6 863	489 779	1 300 191
a) Hochofen und Stahlwerke	2	2 411	185	1 500	15 008
b) Hochofen- u. Stahlerzeugnisse	8	8 589	240	17 440	41 939
c) Hochofen- u. Stahlerzeugnisse, u. u. u.	17	69 544	808	200 924	592 244
d) Stahl- und Stahlerzeugnisse	94	60 210	918	163 117	353 821
e) Hochofen- u. Stahlerzeugnisse	49	15 407	216	81 221	184 042
f) Hochofen- u. Stahlerzeugnisse	8	492	3	270	9 075
g) Stahl-, Hammer- u. Walzwerke	411	17 770	1 016	88 882	45 770
h) Stahlerzeugnisse	75	6 077	217	19 996	33 560
i) Stahlerzeugnisse	48	2 022	118	3 258	9 775
j) Stahlerzeugnisse	103	6 175	418	41 981	21 128
k) Eisen- u. Stahlerzeugnisse	174	68 682	2 342	9 062	69 110
l) Stahlerzeugnisse	62	2 454	152	1 266	4 453
2. Metallhütten	1 427	79 841	5 223	36 811	245 516
a) Blei-, Silber- u. Wäpferhütten	101	36 746	2 103	25 079	144 437
b) Gold-, Silber-, Nickel-, Kupfer- u. Zinnhütten	61	4 627	249	283	6 091
c) Zinnhütten	10	1 022	9	67	3 611
d) Zinnhütten	18	2 159	65	19	3 328
e) Kupferhütten	15	1 318	96	271	3 418
f) Zinnhütten	6	983	42	259	1 829
g) Zinn- und Kupferhütten	6	608	26	411	3 029
h) Nichteisenmetalle	10	3 762	97	1 573	18 983
i) Hütten für andere Metalle	21	2 173	112	1 896	10 621
j) Hütten f. Kupfer, u. Metall- u. u. u.	72	1 991	197	130	5 021
k) Blei- u. Wäpferhütten	20	704	62	335	1 264
l) Zinn- u. Kupferhütten	6	515	15	89	2 227
m) Kupfer- u. Zinnhütten	31	3 949	389	2 139	9 192
n) Zinn- u. Kupferhütten	15	1 782	131	1 350	7 034
o) Aluminium- u. Stahlerzeugnisse	14	1 180	492	295	9 010
p) Stahlerzeugnisse f. and. Metalle	1	122	2	385	373
q) Metallhütten	21	1 045	237	452	1 926
r) Zinnhütten und Zinn- u. Kupferhütten	92	1 448	239	251	1 553
t) Metallisch (Zinn- u. Stahlerzeugnisse)	885	11 500	563	662	10 984
u) Aluminiumhütten	63	1 846	153	9	1 232
<b>Mit Eisen und Metallgewinnung kombinierte Betriebe</b>	<b>461</b>	<b>292 410</b>	<b>13 624</b>	<b>380 716</b>	<b>1 237 466</b>
1. Hochofen- u. Stahl-, Walzwerke bzw. Stahlerzeugnisse, u. u. u.	10	46 163	388	117 998	462 506
a) Hochofen-, Stahl- u. Walzwerke, bzw. Stahlerzeugnisse, u. u. u.	3	8 323	90	1 022	30 095
b) Hochofen-, Stahl- u. Walzwerke, bzw. Stahlerzeugnisse, u. u. u.	7	42 840	398	116 416	432 500
2. Stahl- u. Walzwerke, bzw. Stahlerzeugnisse, u. u. u.	267	160 432	6 828	239 382	667 496
a) Stahl- u. Walzwerke, bzw. Stahlerzeugnisse, u. u. u.	68	31 798	2 300	30 364	80 287
b) Stahl- u. Walzwerke, bzw. Stahlerzeugnisse, u. u. u.	200	128 634	4 528	210 018	527 119
3. Walzwerke f. and. Metalle	184	79 795	6 408	32 206	177 496
a) Walzwerke f. and. Metalle	127	39 512	6 394	18 990	71 523
b) Walzwerke f. and. Metalle	57	40 283	1 184	13 406	105 943

Die von der eisen-schaffenden Industrie abhängigen Industrien können insgesamt wohl kaum vollständig vollkommen erfasst werden. Elektroindustrie, Baugewerbe, Verkehrsgewerbe, Kohlenbergbau und viele andere Bereiche sind mittelbar mit der eisen-schaffenden Industrie abhängig, hier werden nur die unmittelbar abhängigen Industrien aufgeführt.

Herstellung von Eisen- und Metallwaren: 852 690 Beschäftigte, 448 750 Elektro-PS.  
 Maschinen- und Werkzeugbau: 1 220 855 Beschäftigte, 1 271 169 Elektro-PS.

Zahlen, Tatsachen und Berichte sind eine reichliche Sprache, es darf aber nicht vergessen werden, daß sie erst als soziale Lebensäußerung der Gesellschaft und des Staates ihre volle Bedeutung gewinnen.

# Sozialpolitik vom Menschen aus.

Von Dr. Werner Mahholz.

Die neue Sachlichkeit beginnt auch die Sozialpolitik zu durchleuchten: man bemerkt sich darauf, daß ihre Absicht nicht eine theoretische, sondern eine praktische ist, daß sie im Grunde als Objekte einzelne Menschen, lebende und tofende Menschen hat, daß nicht Theorien über Zustände sie weiterentwickeln können, sondern allein und zuerst Feststellung der Tatsachen.

So erlebt die Sozialpolitik ein neues Zeitalter der Enquêtes. Es ist kein Zufall, daß in diesem Jahre nicht weniger als drei Bücher erschienen sind, die sich auf der Grundlage eines Fragebogenmaterials, um grundlegende Probleme der sozialen Politik bemühen, und daß diese drei Bücher mit der gleichen realistischen Methode aus drei weitläufigen zu verschiedenen Kägern stammen, wie das katholische, das sozialistische und das protestantische doch sind. Diese Gleichzeitigkeit und Gleichartigkeit des Vorgehens zeigt an, daß man die Sozialreform auf neue, sozusagen ergaste Studien, die am lebendigen Objekt der Sozialpolitik, am einzelnen Menschen angeknüpft wurden, gründen will. Sehr charakteristisch sind dabei die Werturteile, auf die sich die Forschungen beziehen: der Sozialist fragt nach dem Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit; der Protestant nach den Glaubensinhalten des Proletariats; der Katholik nach dem Schicksal der Familie in der industriellen Welt.

Das Ziel aller drei Untersuchungen ist dabei zunächst einmal, der alten kalkalischen Forderung zu genügen: festzustellen, was wirklich ist. Die Methode ist bei allen drei Untersuchungen die gleiche: menschliche Dokumente zu gewinnen, aus denen sich Typisches über Leben und Schicksal, über Wertewelt und Wertempfinden des proletarischen Massenmenschen, in seiner Beziehung zu Gott und Familie, zu Arbeit und Beruf abnehmen läßt.

Henrik de Man, der bekannte Sozialist hat (in dem Werk „Der Kampf um die Arbeitsfreude“, Eugen Diederichs Verlag) 78 echte menschliche Dokumente zur Grundlage einer neuen Theorie über das Arbeiterleben des modernen Industriemenschen gemacht. Er hat diese Erkenntnisse über die Stellung zur Arbeit an der Maschine sehr sorgfältig abgeleitet und es hat sich dabei ergeben, daß, obwohl eine hochstehende, intellektuelle Schicht von Arbeitern befragt wurde, die Haltung der Maschine gegenüber durchaus nicht so ablehnend ist, wie die Theorie von der feststehenden Mechanisation es wahr haben will. Und dies im wesentlichen aus drei Gründen: weil die — qualifizierte — Maschinenarbeit gar nicht so einseitig ist, wie sie dem Laiensehen, von Handwerkerkenntnis befangenen fülligen Betrachter erscheint; ferner weil die Maschinenarbeit dem modernen Menschen sich schon angepaßt hat resp. weil dieser in den neuen Rhythmus sich schon eingelebt hat und endlich, weil die Maschinenarbeit zum Teil als Befreiung von schwerer Arbeit, die durch Wiederholung auch mechanisierend wirkt, wenn sie mit der Hand getan wird, empfunden wird.

Die Unzufriedenheit des heutigen Arbeitsmenschen stammen aus ganz anderen Quellen: Aberbetonung der Betriebshierarchie, des Herren- und Untertanenverhältnisses, schlechte Zustände in hygienischer Beziehung im Betrieb selber, unordentliche Wirtschaft, abgenutzte und veraltete Maschinen, das sind viel härtere Hemmungen der Arbeitsfreude als die von literarischen verdächtigten und angepöbelten „Mechanisation“. Es zeigt sich sogar in fast allen diesen Dokumenten wirklicher Arbeiter eine gewisse „Zuneigung zur Maschine, die darauf beruht, daß die Sozialreformer der Arbeit sich von Dornstacheln aus der Gewankwelt von William Morris zu befreien haben wird, wenn sie wirklich praktische Arbeit leisten will. Aberwillingend klar wird aus diesen Dokumenten, welchen Wert für die Arbeitsfreudigkeit Gerechtigkeit, Sauberkeit, Hygiene im Betrieb haben, wie ökonomisch im Grunde „Betriebsdemokratie“ sich auswirkt.

Die Familie und ihre Gefährdung in der Industriewelt ist der Gegenstand der zweiten Enquête, die ein katholisches Lehrer, Heinrich Kauz, aus dem Leben für das Leben geleitet hat. Er ist dabei so vorgegangen, daß er den Familienmitgliedern der ihm als Pädagogen anvertrauten Schüler nachgegangen ist. Er hat diese Schicksale aufgezeichnet und es sind dabei Schilderungen entstanden von so ergreifender Menschlichkeit, wie sie kein zeitgenössischer Dichter stärker geformt hat. Er ist weiterhin so vorgegangen, daß er die Schüler selber gefragt hat über ihre Er-

wartungen dem Leben gegenüber — und auch hier sind — es handelt sich um Schüler einer Begabtenklasse! — Zustände offenbar geworden, die dringend nach Abhilfe verlangen.

Eines tritt in diesem Buch erschütternd zutage: die ungeheure soziale Bedeutung der Hausfrau und Mutter. Man kann beinahe den Schluß formulieren: die Frau ist der eigentliche Träger der Nation. Die Leistung des Mannes ist ihrer Leistung gegenüber von zweitem Range.

Und noch ein zweites wird deutlich: die Mechanisierung und Bürokratisierung unseres Berufslebens, die Fülle von „Vorbildung“, „Examen“, „Abiturienten“, erfordert eine Menge ursprünglicher Talente im Volk, die die materiellen Mittel nicht haben, um die Hürden und Barrieren, welche heute alle Berufe um sich errichtet haben, zu überwinden.

„Im Schatten der Schlote“ heißt dieses Buch (Verlagsanstalt Beniger & Co, Eintriedeln) und das Ergebnis ist eine Durchforschung der Einflüsse, welche die Industriewelt auf die Psyche der Jugendlichen und die Haltung der Familie ausübt. Es zeigt mit großer Klarheit, daß Indukriepädagogik heute eine der wichtigsten Forderungen der Stunde ist, die das Problem der Gegenwart der Industriemenschheit stellt: ihre innere und äußere Not, ihre Formung durch Umwelt und Massencharakter, ihre Gebrechen und ihre Heilungsmöglichkeiten.

Die dritte dieser Enquêtes ruhet auf tiefer seelischer Problematik. Ein evangelischer Geistlicher Paul Piechowski hat untersucht, an Hand von nahezu 1000 beantworteten Fragebogen, wie es heut um den proletarischen Glauben steht. (Proletarischer Glaube, die religiöse Gedankenwelt der organisierten deutschen Arbeiterschaft nach sozialistischen und kommunistischen Selbstzeugnissen, Jurche-Verlag, Berlin.) Das Ergebnis ist erschütternd. Selbst bei den durchaus kirchenfreundlichen Beantwortern des Fragebogens ist eine eigentliche kirchliche Gefinnung nicht zu spüren, aber selbst eine religiöse Stimmung im althergebrachten Sinn des Wortes kaum zu bemerken. Die Gestalt Christi als eines vorbildlichen Menschen, die übrigens in nahezu allen Zeugnissen anerkannt wird, tritt hart hervor, daneben eine gewisse fomentonelle Beziehung zum Kultiffen bei Laie und Bekehrungsstufen häufig unter dem Einfluß der Frau: was aber auch bei diesem kirchenfreundlichen Stimmen gänzlich mangelt, ist das Verständnis des massenhaften Elements in der Religiosität und damit erweist sich das fehlende Verhältnis zum Kultiffen aller organisierten Religionsgemeinschaften beim modernen Arbeiter.

Der oft bemerkte rationalistische Charaktertypus des modernen Industriemenschen, der übrigens oft auch bei Frauen zu finden ist, die lange erwerbstätig waren, tritt in diesem Buch ganz scharf in die Erscheinung. Dabei sehen wir ganz ab von den sehr vielen geraden kirchenfeindlichen Stimmen, die in dieser Enquête ertönen, obgleich vernehmend auch hier wirzt, daß die Moralische Jesu, seine menschliche Gestalt, sein Vorbild im Wesen und Wirken fast immer anerkannt wird, oft gerade am von ihm aus Kritik an der Kirche zu üben.

Das Buch soll, nach dem Wunsch des Verfassers, zunächst einmal zeigen was ist und dadurch die kirchlichen Kreise aufklären, über Mittel zur Abhilfe dieser Seelennot nachzudenken. Denn auch dies wird aus dem Buch deutlich: daß der durchschnittliche Arbeitsmensch dieser Tage wenig wirklich glänzigen Erfolg für die verlorenen Werte kirchlicher Weltanschauung gefunden hat. Interessant sind in diesem Zusammenhang die sehr unterschiedlichen Stimmen, die sich über die Versuche der Freireinigungsorganisation äußern, neue kultische Feiern (Jugendweihen, Begräbnisse) zu schaffen.

Das Erscheinen dieser drei Bücher aus so verschiedenen Kägern, mit so verschiedenem Zweck und doch mit so gleicher Methode und so ähnlichem Ergebnis, beleuchtet grell die Situation der Sozialpolitik und Sozialpädagogik: sie steht an einem neuen Anfang; sie befindet sich darauf, daß die Sozialpolitik vom Menschen aus sein muß.

Man darf nur hoffen und wünschen, daß diese drei tiefgreifenden Werke von zahlreichen praktischen Sozialpolitikern — und dazu rechnen in erster Linie die Arbeitgeber und die Sozialbeamten aller Art — gelesen werden.



# Zur Zeitgeschichte

## Unser Recht auf Räumung.

„Unser Recht auf Räumung“ — unter diesem Titel hat der Herausgeber der Rheinischen Beobachter, Dr. Richard Wolff, Kundgebungen deutscher Politiker gesammelt. Es kennzeichnet die Räumungsforderung — die zwar ein politisches und ein juristisches Problem, aber vom Standpunkt einfachen Menschenrechts kein Problem, sondern eben eine Forderung ist —, daß der deutsch-nationale Professor Otto Hoepfel den französischen Professor Borch zitieren kann, der die Befestigung des Rheinlandes eine politische Anomalie nennt, und daß der Sozialdemokrat Sollmann erklärt: „Parteiliche Schuldfragen hin oder her: die Enttäuschung über die unerminderte Unversehrtheit der Befestigungsmauer am Rhein trotz Locarno, trotz Choiry, trotz Eintritt in den Völkerverbund, trotz deutschen Präsidiums im Völkerverband ist in Deutschland allgemein. Es wird auch schmerzlich ein deutscher Politiker zu finden sein, der nicht den Hauptanteil der Schuld diesmal auf französischer Seite sucht.“

Es ist ein Verdienst des Geschäftsführers des „Deutscher Rhein e. V.“, Dr. Karl Lehmann, in seinem Buch „Locarno-Choiry-Gen“, eine „Bilanz der Rheinlandräumung“, den ganzen Komplex der juristischen und politischen Tatsachen, Kombinationen und Auslegungserfahrungen dargestellt zu haben, der für die Rheinlandfrage eine Rolle spielt. Man braucht die verbindenden Linien, die Mehrmann zwischen den einzelnen politischen Vorgängen zieht, nicht immer für richtig zu halten, man kann mancher Schlussfolgerung skeptisch gegenüberstehen und manche seiner Befestigungsbeispiele, es bleibt außer der infraktiven Materialzusammenstellung die Darstellung eines Politikers, der weiß, daß bei der politischen Behandlung der Rheinlandfrage die Weltpolitik sehr weitgehend zu berücksichtigen ist, und der gegenüber den unmittelbaren Schwierigkeiten der außenpolitischen Führung Deutschlands Objektivität aufbringt.

Vertragssmäßig ist der letzte Termin für die Gesamträumung das Jahr 1935, fünfzehn Jahre nach dem Abschluß des Versailler Vertrags. Im Artikel 451 dieses Diktats heißt es: „Wenn Deutschland vor dem Ablauf des Zeitraums von fünfzehn Jahren allen Verpflichtungen genügt, welche ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsen, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.“ „Genügt“, nicht „genügt hat“. Damit ist der deutsche Anspruch auf sofortige Räumung gegeben. Mehrmann erinnert zum Beweise dieser Auffassung an ein von Wilson, Lloyd George und Clemenceau am 16. Juni 1919 verfaßtes Dokument, in dem es heißt: „Wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt (als in fünfzehn Jahren) Beweise seines guten Willens und erfüllender Garantien gegeben hat, die Erfüllung seiner Verpflichtung zu sichern, werden die alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, untereinander zu einem Abkommen über eine frühere Beendigung der Besatzungszeit zu gelangen.“

Zum, wir haben die Dawesregelung mitgemacht, wir haben die letzten Forderungen der Vorkonferenz und auch sonst noch einiges erfüllt, man hat uns mehr als einmal bezeugt, daß wir „guten Willens“ sind — also warum gehen die Franzosen nicht aus den deutschen Grenzen hinaus?

Mit Recht erinnert Mehrmann daran, daß die Pläne Poincarés zum Rheinischen Pufferstaat und ähnliches keineswegs nur Kompensationsmittel gegen England waren, sondern wirklich die Politik des offiziellen Grenzschutzes bis zu den Meinungen von 1924 beabsichtigten. Wenn dem so ist, mußte der deutschen Außenpolitik daran gelegen sein, auch mit größten Opfern Aufgaben zu erreichen, die auch Poincaré, den die Finanznot Frankreichs inzwischen wieder in die Führung gebracht hatten, nicht mehr rückgängig machen konnte. Und da Briand angesichts der innenpolitischen Lage Frankreichs keine „festen Bindungen“ eingehen konnte, mußte alles daran gesetzt werden, wenigstens eine Atmosphäre zu schaffen, die nicht mehr resistieren konnte. Hierzu kam in der kritischen Zeit um Locarno alles an.

Das ist zweifellos geschehen. Die Lage ist heut so weit stabilisiert, daß der radikale französische Chauvinismus kein Spiel einflüßig — somit dieses Wort in der Politik Geltung hat — verloren hat.

Was es heute geht, ist nicht mehr, auch nicht für Poincaré, die Zurückführung Deutschlands — es ist beachtlich, daß wir schon fast vergessen haben, wie nahe uns diese Gefahr gewesen ist —, sondern der Versuch, aus der Räumung ein mögliches großes politisches Geschäft für Frankreich zu machen.

Dabei spielt der Sicherungsgedanke seine Rolle. Freilich nicht so primitiv wie es mitunter glossiert wird, es hätten die Franzosen Angst, nach Zurücknahme der Befestigung würde die Reichswehr und die von hoch politisch-ästhetisch gefährdeten Millionenreferenzen aus Paris marschieren. Sondern im Vordergrund steht die Sorge um die Wandlungen der europäischen Konstellation. Italien zeigt sich außer

unbekem, England ist von den französischen Rüstungen wenig erbaut, um nur einiges anzudeuten. In diesem Zusammenhang ist es immer wieder die Situation Polens, die Frankreich interessiert, und auf die Rheinlandfrage übertrug sich der deutsche Wunsch, die Weltpolitik die möchte die Wiederkehr des deutschen Unabhängigkeit mit allen Mitteln hinauszuziehen. Poincaré hat viele und große Sorgen. Je länger es dauert, bis Deutschland als offener Faktor in das außenpolitische Katzeneis einzufallen ist, um so besser für ihn.

Unser Recht auf Räumung! Unser Recht darauf braucht nicht bewiesen zu werden. Es handelt sich nur darum, ob Frankreich räumen will und wodurch es gezwungen werden kann zu wollen. Unser Recht auf Räumung ist kein moralisches Problem, kaum noch ein juristisches, es ist einzig und allein eine Frage der Ausführung. Dr. Mehrmann vertritt die Ansicht, daß die deutsche Außenpolitik keinen Grund habe, für die Räumung noch Entschädigung zu machen. Daß Deutschland die Räumung aus den Rechten des Versailler Vertrags heraus fordern sollte, daß die deutsche Außenpolitik eine große Reihe von Druckmitteln zur Verfügung habe, die geeignet sind, Frankreich schließlich zur Räumung zu veranlassen, ist, wenn das es besser ist, es nicht so eilig zu haben, als Frankreich in dem Glauben zu befestigen, Deutschland werde für jeden Monat früherer Räumung große Opfer bringen.

Das Buch des Oberbefehlshabers der amerikanischen Besatzungstruppen, des General Allen, „Die Befestigung des Rheinlands“ sollte von denen gelesen werden, die das bisher Erreichte gar zu wenig achten. General Allen, der als Feind kam und nach drei Jahren als Freund ging, und der viel von dem gesehen hat, was damals im Rheinland und mit dem Rheinland geplant wurde, läßt die ungeheure Gefahr, die dem deutschen Staatswesen in jenen Jahren drohte, durch objektive Darstellung in seiner ganzen Größe vor uns wieder erleben. Rathenau sagte einmal zu dem Amerikaner: „Die Großindustrie des Rheinlands und Westfalens wären zu jener Zeit für einen autonomen Staat zu gewinnen gewesen, wenn die französische Rheinpolitik nur etwas verschärft gewesen wäre.“ Gewiß ließen sich diese Wirtschaftler dabei von dem Wunsche der Erhaltung des Reiches leiten, aber es ist bezeichnend für die verzweifelte Lage damals, daß solche Gedankengänge möglich waren.

Wer sich des näheren über die Rechtslage orientieren will, die sich aus dem Versailler Vertrag für die Lage des Rheinlands und überhaupt für die deutsche Souveränität ergibt, der sei auf die beiden folgenden Broschüren hingewiesen: Dr. Hans Gerber, „Die Befestigung des deutschen Souveränität nach dem Versailler Vertrags“ (Sted. Dümmler, Berlin); Heinrich Pöhl, „Rechtsverfassung und Versailler Vertrag“ (Mohr, Tübingen). Thomas Brig.

## Die Rechtslage in der oberschlesischen Schulfrage.

Vor kurzem hat sich die polnische Regierung an den Vorsitzenden des Dreierkomitees, den südamerikanischen Delegierten Urutia gewandt und um eine Interpretation der Bestimmungen des oberschlesischen Schulkompromisses nachgesucht. Urutia hat anscheinend im Einverständnis mit den beiden anderen Mitgliedern des Dreierkomitees, dem italienischen und polnischen Staatsmitglied, das im vorigen Jahre abgeschlossen Genfer Kompromitt in der Schulfrage dahingehend ausgelegt, daß die für das Schuljahr 1927/28 für die deutsche Minderheitenschule angemeldeten Schulpfänder der Sprachprüfung unterliegen.

Befremtlich handelt es sich damals um die Frage der Auslegung der Bestimmungen der Artikel 74 bzw. 13 des einschlägigen Genfer Abkommens, das die Rechtslage in Oberschlesien regelt. Die deutsche Minderheit hatte für das am 1. September 1924 beginnende Schuljahr in Polnisch-Oberschlesien rund 9000 Anträge auf Einweisung in die deutsche Minderheitenschule eingereicht, von denen die polnischen Behörden etwa 7100 als ungültig erklärten. Als Begründung wurde angegeben, daß der Antragsteller der deutschen Minderheit nicht zugehöre, oder daß die Sprache der Kinder, die Muttersprache, polnisch sei.

Die Rechtslage in dem vorliegenden Falle war vollkommen klar: ob die Muttersprache, ob der Antragsteller der Minderheit zugehörig bzw. ob die Muttersprache des Kindes die deutsche sei, ist nach dem Genfer Abkommen unzulässig. Im ersten Falle verleiht ein solches Dreierkomitee insbesondere auch den Artikel 75, der ausdrücklich jegliche unterschiedliche Behandlung der Minderheitsangehörigen gegenüber den Angehörigen der Staatsnation untersagt. Die Überprüfung der Sprache der Kinder aber steht im strikten Widerspruch zu dem Artikel 131 des Abkommens, nach welchem ausschließlich die von dem Erziehungsbehörden abgegebene Erklärung bestimmt, was die Sprache eines Kindes oder Schülers ist. Diese Erklärung darf nach der ausdrücklichen Vorschrift des zitierten Artikels weder nachgeprüft

nach besprochen werden. Die von den Polen angeordnete Untersuchung stellte sich als ein Eingriff in die Rechte, die der Minderheit durch die Vorschriften des Abkommens gewährleistet sind, dar, wie er kaum härter gedacht werden kann.

Dementsprechend nahm auch der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, der Mandatar des Völkerbundes, zu dem Streitfall dahingehend Stellung, daß er in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle den deutschen Standpunkt, der sich auf diese Rechtslage gründete, als berechtigt anerkannte und die politischen Behörden ersuchte, entsprechende Maßnahmen zu treffen, um eine den Vorschriften des Vertrages entsprechende Durchführung der Bestimmungen sicherzustellen.

Da sich die polnische Regierung mit dieser Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission nicht einverstanden erklärte, und auch deutscherseits mit Recht der bisherige Standpunkt nicht verlassen wurde, gelangte der Streitfall zur Erörterung vor den Völkerbundsrat. Auch hier haben die Debatten bestätigt, daß der deutsche Standpunkt nach dem Wortlaut des Abkommens der einzig mögliche, haltbare war. Im indessen den Streitfall bezuglen, gelangte man zu einem Kompromiß dahingehend, daß in den in Betracht stehenden Fällen des zergangenen Schullahes, in denen es zweifelhaft ist, ob die Kinder dem Unterricht in der deutschen Minderheitsschule folgen können, eine Nachprüfung stattfinden soll, welche von dem Präsidenten der Gemischten Kommission, dem zu diesem Zweck ein schweizerischer Pädagoge beigegeben ist, durchgeführt wird.

Dem Rechtsstandpunkt, den die deutsche Minderheit einnahm, wurde insofern Genüge geleistet, als diese Maßnahme ausdrücklich als eine Ausnahmemaßregel bezeichnet wurde, die getroffen wurde, um einen nicht vorhergesehenen besonderen Fall zu lösen, daß diese aber unter keinen Umständen im Sinne einer Modifikation des Genfer Abkommens auszuliegen sei.

Ingefihr die Rechte muß die Auslegung, die der südamerikanischen Delegierte dem Kompromiß gegeben hat, als völlig abwegig bezeichnet werden. Auf der anderen Seite müssen aber heute schon die Gefahren aufgezeigt werden, die eine derartige Praxis nicht nur für die Entwicklung des Minderheitenschutzes in Oberschlesien, sondern für das Schicksal der gesamten Institution in sich birgt. Wenn das Genfer Abkommen der subjektivistischen Theorie bezüglich der Bestimmung der Sprache der Kinder gefolgt ist und die Entscheidung allein dem Erziehungsberechtigten überläßt, so war dies der nach sage der Dinge einzig mögliche Weg, hier zu einer Lösung zu gelangen, die die Rechte der Minderheit wahrt. Gelingt es diesen Pflichten des Minderheitenschutzes in Oberschlesien zu sprengen, so würde dies für den gesamten völkerbundlichen Minderheitenschutz einen Schlag bedeuten, dessen letzte Auswirkung heute noch schwer zu erkennen ist.

Es ist zu hoffen, daß die klare Rechtslage durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag wiederhergestellt wird, dem die Streitfrage von deutscher Seite unterbreitet werden wird. Mit diesem Schritt, von dem der deutsche Außenminister auf der Tagung des Völkerbundes am 29. Dezember Mitteilung machte, ist das feinerzeit beschlossene Kompromiß erledigt, wenn auch die zur Entscheidung des Haager Gerichtshofes die Sprachprüfungen weitergehen. Doch kommt den weiteren Prüfungen insofern keine große Bedeutung zu, als der Spruch des Haager Gerichtshofes, der noch vor der nächsten Ratstagung erwartet wird, rückwirkende Kraft haben soll.

Dr. ur. K. Junderkorpff.

## Soziale Krankenhaushilfe in Deutschland.

Sansam beginnt jetzt auch der Fürsorgedienst im Krankenhaus in Deutschland Einzug zu nehmen. Nachdem schon in den Jahren 1904 bis 1912 Verträge einer sozialen Krankenhaushilfe in Berlin gemacht wurden, die teils perzentiel kranken, teils durch die Kriegszeit wieder einschleppen, kann jetzt von einer „Bewegung“ gesprochen werden, die langsam aber stetig ein Netz ihrer Tätigkeit über Deutschland ausspannt.

Soziale Krankenhaushilfe hat den Zweck, die ärztlichen Bemühungen der in Krankenhäusern untergebrachten Menschen durch soziale Hilfe zu ergänzen. Sowohl von ärztlicher wie von fürsorglicher Seite ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß die Tätigkeit des Arztes eine Ergänzung durch soziale Faktoren bedarf, soll der Heilungsprozess im Krankenhaus auf dem schmalsten Wege und das liegt im Interesse sowohl des Krankenhauses, wie des Patienten, wie der Allgemeinheit — fortgeschritten. Der Heilungsprozess wird aber sehr häufig aufgehalten durch zeitliche Momente, die in den Sorgen der Kranken begründet sind. Seien das nun Sorgen um die hilflos zurückgelassenen Familienmitglieder (bei der Mutter), um den ausfallenden Diensten (bei dem Vater), um die Beschaffung einer Arbeitsgelegenheit bei Entlassung aus dem Krankenhaus, um die Beschaffung von Erhaltungsmitteln, notwendiger Drogen, Übermittlung von Nachrichten, Beforgung notwendiger Papiere und vieles andere mehr.

Das dieser Fürsorge Eigentümlichkeiten ist der Umstand, daß er dem Krankenhaus auszugehen und von hier aus die Beziehungen zu

den behelfenden Fürsorgeeinrichtungen der Kommunen wie der freien Wohlfahrtspflege finden muß. Daß diese Beziehungen zu suchen sind, darüber sich hat heute alle Beteiligten klar. Eine offene Frage aber ist die, wer die Krankenhaushilfeorganen beauftragt, ob die örtlich zuständige Bezirksfürsorge, der sie dann auch zu unterziehen hätte, oder ob das Krankenhaus, zu deren Bereich sie da n n gehören würde. Und das andere wichtige Problem ist dies: J n die Krankenhaushilfe eine hygienische Maßnahme oder eine allgemeinen fürsorgliche, mit besonderer Berücksichtigung von psychologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten? Die Mehrheit der Sachverständigen neigt wohl heute bereits zu der letzteren Auffassung.

Diese Fragen sind, wie gesagt, noch ungeklärt, und sie werden in den verschiedenen Gemeinden oder Organisationen verschieden beantwortet bzw. durchgeführt.

Die „Deutsche Vereinigung für den Fürsorgedienst im Krankenhaus“, Geschäftsstelle Charlottenburg, Reichstraße 12, hat einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß im Jahre 1926 in 55 deutschen Städten ein solcher Fürsorgedienst in mehr als hundert Krankenhäusern durchgeführt wird, und zwar in Altona, Berlin, Bochum, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Kottbus, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Eberfeld, Essen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Götting, Hamburg, Heidelberg, Jena, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Marburg, Mülheim, Nürnberg, Regensburg, Opladen, Paderborn, Rostock, Slettin, Stuttgart, Ulm, Göttingen.

In der Spitze steht Berlin mit organisierter Fürsorge an 52 Krankenhäusern und zumal 15 423 Fürsorgefällen. An zweiter Stelle kommt Frankfurt a. M. mit 15 vororganisierten Krankenhäusern und 5528 Fällen, Breslau und Gelsenkirchen mit je sechs Krankenhäusern und 424 bzw. 475 Fällen, Hamburg mit fünf Krankenhäusern und 4093 Fällen, Jena mit fünf Krankenhäusern und 931 Fällen.

Einige Typen seien herausgegriffen: Berlin hat in 21 von 23 bestehenden Krankenhäusern — die übrigen sind Krankenanstalten der freien Wohlfahrtspflege — Fürsorgedienst von sich aus eingerichtet. In Frankfurt a. M. arbeiten zwei hauptamtliche Kräfte im Auftrage des städtischen Wohlfahrtsamtes. In Hamburg wird die Arbeit vom dortigen Landesrat von Roten Kreuz durchgeführt. In Slettin wird der Fürsorgedienst von einer zur Anstalt gehörigen Schwester ausgeübt. Altona, Silesien und Kiel lassen die Arbeit im Rahmen der Familienfürsorge durchführen; in Breslau übernimmt eine Sektion des Arzeneipflegerevereins die Arbeit unter dem Vorbehalt eines Magistratsbeamten. In Gelsenkirchen wird die Arbeit durch Fürsorgeorgan des Gesundheitsamtes geleistet. Mannheim ist die einzige Stadt, bei der Krankenhaushilfe durch das Jugendamt ins Leben gerufen wurde. Hier befristet sich die Tätigkeit im wesentlichen auf Kinder. Stuttgart befaßt sich in der Hauptsache mit der Fürsorge von Geisteskranken, die in anderen Städten noch kaum beachtet wird. Einige Städte haben in letzter Zeit die Notwendigkeit erkannt, Kinder und Jugendliche, die lange im Krankenhaus verbleiben müssen (z. B. chirurgische Fälle) durch Kindergärtnerinnen und Schreinerinnen in Schul- oder sonstiger Ausbildung weiter zu fördern.

Neben dem großen Segen, den eine auf durchgeführte Krankenhaushilfe bringen kann, indem sie die Kranken aufsucht und ihnen den Weg ins Leben wiederfinden hilft, wie z. B. u. a. in den vielen Fällen von Selbstmordverleuten, und indem sie benachteiligten Familien in Bezug auf die Versorgung von Kindern, Ehehemmern, Gesunden, z. B. in die notwendigsten Verabfolgung verschafft und so die Heilung fördert, kann sie der Allgemeinheit durch soziale Erparnisse dienen. Das Gesundheitsamt Kiel hat festgestellt, daß die Krankenhaushilfe im Jahre 1925 eine Verminderung der Ausgaben um 16 200 M. bewirkte. Durch zweckentsprechende Maßnahmen konnte nämlich eine schnellere Entlassung der Patienten erfolgen, ohne daß etwa dadurch ihre Gesundheit gefährdet worden wäre.

Wenn diese anderen Gesichtspunkte für die Behörden maßgebend wären, so sollte diese Erparnis öffentlicher Mittel alle Stadtverwaltungen zu einer zweckmäßigen Einrichtung von sozialer Krankenhaushilfe veranlassen. Soziale Hilfe im Krankenhaus würde sich dann verbinden mit Förderung öffentlicher Interessen.

Adrie Beerensson.

## Die Bedeutung des Schrotts in der deutschen Wirtschaft.

Auf der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Berlin, Ende Oktober d. J., ist auch das wichtige Problem der Bedeutung des Schrotts für die Eisenwirtschaft und damit für die deutsche Wirtschaft überhaupt gelehrt worden. Generaldirektor Dr. Dögler schätzte in seiner Eröffnungsansprache das „eiserne Bemb“ der deutschen Wirtschaft auf etwa 250 Millionen Tonnen. Stellt man nun in Rechnung, daß Eisen in etwa 50 Jahren als Alteisener aus dem Verbrauch ausscheidet, so hat man eine Vorstellung davon, welche großen Mengen an Rohmaterial für die Eisen- und Stahlproduktion aus diesem Altematerial zur Verfügung haben. Wenn dieser Schrott auch schon vor dem Kriege wieder seinen Weg in den

Börsen zustand, so doch nicht in dem Ausmaße wie heute. Der Vertrag von Versailles hat mit dem lothringischen Minettebecken Deutschland um rund 80 v. H. seiner Eisenerzeugung an Eisenerz verfürzt. Es galt also, diesen Ausfall teils durch Einfuhr, teils aber auch durch erhöhte Wiederverwendung von anfallendem Materialmaterial wettzumachen. Während wir z. B. im laufenden Jahre 1927 eine Rohstahlerzeugung von 18 Mill. Tonnen haben werden, z. B. die gleiche Erzeugung wie in dem größeren Wirtschaftsgebiete Vorderösterreichs, wird die Einfuhr von Eisenerz nicht unumfänglich hinter dem Vorderösterreich von 14 Mill. Tonnen zurückbleiben. Da nun aber die einheimische Erzeugung heute nur etwa 10 v. H. unseres Erzbedarfes beträgt, so ist hier eine Kluft entstanden, die eben in der Hauptsache durch Schrott ausgefüllt wird. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes in dem Sonderheft „Zur Analyse des Eisenerzmarktes“ hat der Schrotterbrauch die folgenden Veränderungen ersehen: Während sich der Verbrauch von Schrott im heutigen Reichsgebiet (ohne Saargebiet) 1913 auf 5,6 Mill. Tonnen belieferte, ist er 1925 um 1 Mill. Tonnen erhöht. Heute dürfte diese Zahl merklich noch überdritten sein. Entfallen von der Gesamtzeugung an Stahl im Jahre 1913 50 bis 52 v. H. auf die Verwendung von Schrott, so 1925 bereits rund 47 v. H.

Die fortschrittliche im Siemens-Martin-Verfahren gegenüber der Thomasstahlerzeugung, das immer stärkere Vordringen des Elektro-Schmelzverfahrens, die Notwendigkeit, im Hinblick auf Außenhandelsbilanz und Kapitalchwäche zu einer stärkeren Ausnutzung einheimischer Rohstoffquellen zu streben, hat dem Schrott eine gegenüber der Vorzeitszeit erhöhte Bedeutung verliehen, die sich voraussichtlich noch weiter heizen wird. Wir haben hier nicht ein einzelnes und deutliches Beispiel für die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, sich auf neue Verhältnisse umzustellen vor uns, sondern auch ein Beispiel dafür, wie in so manchem Betrad die Läden des Vertrages von Versailles auf eine Weise ausgefüllt werden, die ihren Autoren wenig Freude machen muß. Man wolle Deutschland durch Entzuehung seiner Erzbasis wehrlos machen und das Schicksal seiner Eisenindustrie mit dem französischen Erz verknüpfen. Der Schrott hat hier die Abhängigkeit wesentlich gemildert und den lothringischen Minettebergern ihren Absatz fähbar gemacht. So ist es noch auf manchen anderen Gebieten gegangen. Man unterband z. B. die chilenische Salpeterszufuhr während der Kriegesblöcke und förderte die deutsche Herstellung von Kuppelkoper. Deutschland mußte den leistungsfähigen Teil seiner Handelsstoffe ausliefern und war genötigt, eine neue Handelsmarine aufzubauen, die wegen ihrer Modernität den Krieg der anderen erregt. Auch die Luftfahrt frang werden durch Abtretung der Saarregion mit dem Erfolg, daß die Saarrolle den allfranzösischen Struben keine unerbetene Konkurrenz macht!

### Siedlervermittlung und -beratung.

Der vom Reich zur Förderung der bäuerlichen Siedlung gewährte 200-Millionen-Kredit hatte zur Folge, daß seit dem Herbst 1926 Siedlungsamter sich im steigenden Maße an die Behörden, die prozontelligen Siedlungsgesellschaften und andere Stellen um Auskunft und Beratung wandten. Eine Vereinfachung der Beratung und eine zentrale, gemeinnützige Vermittlung erschien deshalb dringend geboten zu sein. Es wurde daher im vorigen Jahre die Errichtung einer zentralen Siedlervermittlungstelle beschlossen, die im Oktober 1926 bei der Gesellschaft für Förderung der inneren Kolonisation, Berlin W 35, Potsdamer Str. 27a, der Spitzenorganisation der provinziellen, gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, eröffnet und unter Leitung eines Ausschusses aus Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, der Gesellschaft für Förderung der inneren Kolonisation und anderer Stellen gestellt wurde. Das Reich hat dann für das laufende Jahr die für diese Arbeit erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Vermittlungsstelle befaßt sich mit der Erledigung aller Anfragen aus dem ganzen Reich. Zahlreiche Gesuche um Auskunft, die an die Arbeitsministerien und andere Behörden und Organismen gerichtet werden, werden von diesen der Siedlervermittlungsstelle überwiesen.

In folgendem Maße entwickeln sich die Beziehungen mit einzelstaatlichen und wirtschaftlichen Organisationen, die sich mit Siedlungsangelegenheiten beschäftigen. Das Reichsarbeitsministerium überweist Entschädigungsbeerdigungen, von den Polen verdrängte Siedlungsbedürftigen zur Beratung zwecks Umsiedlung an die Stelle. Insbesondere ist die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Landwirtschafts- und Landarbeiterverbänden und ihren Untergenerationen, ferner mit anderen Siedlungsinteressierten Verbänden und Stellen wichtig, weil über diese Organisationen bedauerlicherweise durch Einzelberatung eine Qualitätsauslese der Siedlungsbewerber möglich wird und die Anstellung homogener Bauerngruppen eher gewährleistet werden kann. Außerdem werden Beziehungen zu den Auswandererberatungsstellen unterhalten, die durch Mitteilungen über die innere Kolonisation Auswanderungslustigen vor der Aus-

wanderung die Möglichkeiten für eine Anstellung im Inlande nachweisen.

Durch die Vermittlungsstätigkeit wird die Beratungsstelle infolgedessen, wichtige allgemeine Feststellungen über die Lage des Siedlungsmarktes, Siedlerangebot, die Kapitalkraft der Siedler, ihre Herkunft und die Interessen der Regierung und Parlament unterlagen für die gesetzgebenden Arbeiten zu geben.

### Ludwig Pallat.

Scheimart Pallat ist so weit über die Grenzen der Ministerien, Ämter und auch aller Schulbereiche als der Vorkämpfer für die Förderung des Zeichenunterrichts, des Zeichnens als kulturelles Bildungsmittels bekannt geworden und gesteht, daß es einem Nachfahmer erlaubt sein möge, gelegentlich der Feier seines 60. Geburtstages hier einige Worte über die bisherige Wirkung seines, noch im fortgesetzten Erblühen begriffenen Lebenswerkes zu sagen. Pallats Ziel ist es seit mehreren Jahrzehnten, das Zeichnen zu einer persönlichen Lebensäußerung zu gestalten, zu einer Ausdrucksform, die jedermann so frei und unverbildet beherrschen sollte, wie das Sprechen und Schreiben. Ist dieses Ziel hier noch zu bewerten, so auch die ursprüngliche Art, wie Pallat ihm zustrebte.

Pallat identifiziert seine Arbeit mit den seit 1907 im Preussischen Kultusministerium entworfenen Plänen für die Um- und Neugestaltung des Zeichenunterrichts, und wie gedächtnis aus (sfordern, ihn selbst mit ihnen zu identifizieren. Die Form, in der die Verwirklichung jener Pläne begonnen wurde, war nur möglich, weil eine auf weitestmögliche Interessierte Persönlichkeiten hinter ihnen stand. Eine Form nämlich, die man bisher selten erlebt hatte, denn sie war, mindestens in ihrer Handhabung, nicht als Gesetz zu paragrafieren, kaum noch als „Methode“ zu bezeichnen. Es waren eben „Kerltage“, die so beweglich gehalten waren, daß es z. B. möglich wurde, sie nach der Erfahrung weniger Jahre in einem ehebem wichtigen, aber nun als ungeeignet erkannten Punkt (freies Entwerfen des Ornamentes) abzuändern, ohne den Geist des Ganzen zu gefährden. Im übrigen zeigte sich sehr selten ihre Verwirklichung in der Praxis, in der alles auf die Persönlichkeit der Lehrenden gestellt war. Pallat berichtigte im Jahre 1908 hierüber dem in London abgehaltenen III. Internationalen Kongress zur Förderung des Zeichens und Kunstunterrichts.

Der Inhalt der von Hamburg angeregten, von Preußen ausgegangenen und längst vom deutschen Gemeinut gewordenen Reform des Zeichenunterrichts ist mit wenigen Worten zu skizzieren: Die Kinder zeichnen in den ersten Jahren aus der Phantasie oder frei aus dem Gedächtnis, ohne das verachtet würde, ihre naive Produktionsweise systematisch zum bildlichen Komponieren oder zu einer die Anzüge der Erwachsenen befriedigenden Darstellungsweise“ überzuführen. Später beginnt, als erst zu wertendes Stadium, das Gebildezeichnen nach genau betrachteten Gegenständen, mit Richtung auf das Erstellen der Gesamtzeichnung. Der Weg von der Natur zum stilisierten Ornament wurde als zu weit und der jugendlichen Fähigkeit nicht angemessen erkannt, und deshalb diese Übungen, wie bereits erwähnt, bald wieder eingeschränkt. Pallat verwies mit Recht das Ornamentieren in das Bereich des Handarbeitsunterrichts, wo es der Gefahr des Selbstzweckes entronnen ist und praktisch an selbstgefertigten Gegenständen sich formal und quantitativ auf ein gesundes Maß von selbst einstellt.

Das sind alles Dinge, die uns längst so geläufig sind, daß wir kaum glauben, sie als erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit ins Leben gerufen zu erkennen. Diese schnelle Ausbreitung des Arbeitsunterrichts im Zeichnen, wenn man ihn so nennen will, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht Pallat in umfassender Weise die neue Einstellung auf diese Unterrichtsart in der Schreivorschule betrieben hätte. Art praktischen Kunstschulens und Handarbeitsseminaren sind jetzt wohl alle preussischen Zeichenlehrer in solcher Richtung forschend ausgebildet und geprüft worden. Pallat berichtigte an den Londoner Kongress, daß noch auf keinem Unterrichtsgebiet eine als notwendig und richtig erkannte Umwandlung unter so allgemeiner Teilnahme und intensiver Mitarbeit aller Beteiligten sich vollzogen habe.“

In diesem Zusammenhang — wenn wir nicht auf den Schulunterricht beschränkt, sondern in einem viel weiteren Kulturkreis eintröten — sei die Tätigkeit Pallats an dem von ihm geleiteten „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ erwähnt. Das im Jahre 1910 errichtete Institut sollte eine Arbeitsgemeinschaft aller Lehrenden und Erziehenden verwirklichen und unter Förderung aller äußeren Verhältnisse die notwendige innere Vereinheitlichung der deutschen Volkserziehung anbahnen. Für das, was an diesem Institut bisher schon geleistet wurde, sind solche Worte wirklich nicht zu groß. Wir erinnern uns an die bereits in schweren Kriegsjahren begonnenen und durchgeführten, von glänzenden Namen der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens abgehaltenen Vorlesungen, an die „Deutschen Abende“, vor allem an die „Technischen Abende“, mit denen Pallat die Brücke zwischen Technik und Erziehung schlagen helfen wollte, an die vielen instruktiven Ausstellungen usw.



Dass die eigene Publizistik Pallast in ähnlichen Bahnen sich bewegt hat, ist selbstverständlich. Mit besonderem Glanz wundert er sich auch hier, diesmal direkt und außerhalb der Schule, an die Knaben und Mädchen. Aus einer kleinen Serie von Schriften, die Pallast mit seinen Lehren herausgab: „Aus der Praxis der Knaben- und

Mädchen-Handarbeit“, entstand im Jahre 1910 „Der deutsche Jugend-Handwerkbuch“ (Verlag B. G. Teubner, unbefristet die beste Anleitung dieser Art. — Hinter dem Werk, das hier nur schwach hat angebeutet werden können, steht ein ganzer Mann, eine Persönlichkeit, die wir dankbar den Kulturträgern unserer Zeit einreihen.

## Blick in die Bücher

Grundzüge der Politik, von Hans von Eckardt, (Jedermanns Bücherei), Verlag Ferdinand Hirt, Breslau, 148 S., Preis geb. 3,50 M.

Diese Schrift gehört in die neuerdings sich entfaltende Literatur, die es versucht, Wesen und Sinn der Politik theoretisch-wissenschaftlich zu durchdringen und zu begründen. Diese Literatur wächst ohne Zweifel auf dem durch unsere schreckliche Niederlage bereiteten Boden. Der deutsche Geist sucht auch hier den Dingen auf den Grund zu gehen und der Wende der gleichen Schicksale in der Zukunft vorzubauen.

So versucht auch Hans von Eckardt eine systematische Begründung der Politik, ihres Wesens, ihrer Kräfte, Gesetze, Regeln und Zusammenhänge.



„Aus dem Heimatkalender „Misch-Vorbringen“.

Er behandelt ein Thema in folgenden vier Hauptgruppen: Politik und politisches Handeln, Mechanik und Kräfte der Politik (Das Individuum, die Masse, die Kollektive, die Partei), Mittel und Inhalte der Politik (Führung, Rede, Aufklärung, Presse, die öffentliche Meinung, die Idee, die politische Fiktion, die Gewalt), Raum und Grundlagen der Nation (Volk und Nation, die Wirtschaft, der Staat, das Staatensystem). In diesen Rahmen unterteilt und ordnet er eine große Menge der Probleme der Politik. Es ist ein Vorgang seiner Studie, daß er in seinen Darlegungen auf historische Grundzüge immer wieder an die moderne und aktuelle Politik anknüpft, daß er nicht nur nach altgewohnter Weise philosophisch-tieftüchtig begriffliche Betrachtungen über Politik, Staat, Nation, Recht, Masse und Persönlichkeit, Macht und Idee vornimmt, sondern sich bemüht, aus dem Geschehen unserer Zeit heraus Sinn und Wesen der Politik zu klären und zu erläutern. Trophem ist seine Darstellung doch noch etwas abstrakt — begrifflich. Vielleicht hängt sie als ernstlicher Versuch gebüht, auch von Seiten der offiziellen akademischen Wissenschaft her erschlossen und unbekümmert die Probleme der modernen Politik der wissenschaftlichen Beleuchtung und Forschung zu unterwerfen, auf das die Wissenschaft nicht nur aus jeige, was und wie es gewesen ist, sondern auch was und wie es ist. Auf diesem Wege scheint uns Eckardt Studie ein erster willkommener und vereinfachender Schritt.

Die Südtiroler Frage von Paul H. Berr, Beckhe Verlagsgesellschaft in München 1927. 422 S. Preis in Leinen geb. 16 M.

Der Verfasser ist ein genauer Kenner der Südtiroler Frage. Er hat sie nicht nur aus den Akten, sondern auch an Ort und Stelle in lebendiger Fühlungnahme mit der Bevölkerung studiert. So ist er in der Lage, ein genaues, ins einzelne gehendes historisches Bild der Entstehung dieser heissen Frage im Kriege und vor allem in den Nachkriegsjahren zu geben. Die wachsende Entfremdung zwischen deutschem Volkstum und italienischem Staatssoß in Südtirol verfolgen wir durch die Jahre der demokratischen Herrschaft und der erbischen Herrschaft. Die Schilderung der drückenden Herrschaft des Faschismus wird zu einem erschütternden Dokument vom Leben und Fehlen eines bis in seine Wurzeln bedrohten deutschen Volksteiles. Es bedarf an sich nicht vieler Worte, um die Bedeutung der verschiedenen Assimilationsdefekte Klarymaden, der Verfasser

versteht es aber auch, die Aufzählung dieser Defekte mit dem politischen Geschehen zu verbinden und in den großen Zusammenhang der deutsch-italienischen Beziehungen und der europäischen Politik hineinzustellen. Eine feststehende, bildreiche Sprache gestaltet die Lektüre auch an sich bekannter Dinge zu einem Genuß. Für eine zweite Auflage wäre vielleicht eine härtere Ausgestaltung des geschichtlichen Teils über die deutsche Zülpfaltung der Südtiroler zu wünschen, denn auf ihr basiert doch unser gemeinsames Zusammengehörigkeitsgefühl, mit diesem Nachweis hebt und fällt der unvergängliche Anspruch dieses südtiroler oder deutschen Volkstümme auf das Sonnenland von Bozen und Meran, auf das Land im Eis- und Eisfakt. Im ganzen also ein sehr verdienstvolles Werk und eine wirklich wertvolle Bereicherung der Literatur über die Südtiroler Frage.

Aus den deutschen Kolonien. Nach vorzüglichen Reisebeschreibungen ausgewählt und bearbeitet von Wilhelm Meißner. Verlag J. F. Steinfopf, Stuttgart, 302 S. Preis gebd. 4 M.

Wir haben es hier mit einer Sammlung von Reisebeschreibungen aus der deutschen Kolonialgeschichte zu tun, die versucht, eine unmittelbare Vorstellung von dieser Jugendperiode deutscher Weltpolitik zu geben. Für jede einzelne unserer Kolonien findet eine Reihe von charakteristischen Zitate aus Quellenchriften zusammengestellt, fast alle unserer Kolonialhelden kommen auf diese Weise mit instruktiven Beiträgen zu Wort: Carl Peters, von Salgmann, Schnee, Hans Dominik, Kettow-Dorbeck, Hermann Degner, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, Franz Sühbald u. a. So entsteht ein lebensvolles Bild von einem wichtigen Stück deutscher Geschichte. Wir geben mit Peters in das spätere Deutsch-Ostafrika, mit Emin Pascha in das Herz des noch unerforschten dunklen Erdteils, mit anderen Pionieren zu den Quellen des Ais, erleben das Garmordesein im Frieden, den Kampf um den deutschen Boden im Krieg und die schließliche Tragödie des Verlasses unserer Kolonien. Der unmittelbare, ursprüngliche Charakter der einzelnen Schilderungen macht das Buch zu einer unterhaltenden und doch nährbringenden Lektüre. Es dürfte sich wohl auch zum Lesen und Vorlesen vor allem in den höheren Schulen eignen.

Der Deutsche im Auslande. Herausgegeben von der Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. 24. Heft „Der Deutsche in Siebenbürgen“ (96 S.) 60 Pf.; 28. Heft „Der Deutsche in Chile“ (40 S.) 60 Pf.; 31. Heft „Der Deutsche in Transkaukasien“ (96 S.) 90 Pf.; 30. Heft „Der Deutsche im Wolga-Lande“ (96 S.) 1,50 M.; 23. Heft „Der Deutsche im Banat“ (80 S.) 90 Pf. Katalogsfolia 1927, Verlag Julius Belt.

Daß unsere Kenntnis über die Verhältnisse der Deutschen im Auslande vor dem Weltkriege sehr viel zu wünschen übrig ließ, wird heute von niemand mehr bestritten. Man ist vielmehr auf den verschiedenen Seiten bemüht, diese Lücke auszufüllen. Vor allem begreifen wir es, daß von der Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in den bis jetzt erschienenen obengenannten fünf Heften ihrer Serie „Der Deutsche im Auslande“ ein wertvolles Hilfsmittel entstanden ist, um die Schuljugend mit den Kulturleistungen unserer Volksgenossen außerhalb der deutschen Grenzen vertraut zu machen. Jedes der Hefte ist ein abgerundetes Bild des jeweiligen Siedlungsgebietes, seiner Geschichte, seiner Entwicklung und seines jetzigen Zustandes, und zwar nicht mit trockenen Angaben und Zahlen, sondern aus dem Leben gesprochenen Berichten und Schilderungen in Prosa und Poesie. Besonders muß hervorgehoben werden, daß die Verfasser ausschließlich den deutschen Siedlungsgebieten, über welche sie berichten, selber entstammen, also mit diesen Ländern verwachsen sind.

Das macht diese Hefte so wertvoll, daß sie nicht nur Kenntnisse übermitteln, sondern auch wertvoll sind in gedanklicher Form auch bieten, sondern daß sie gleichzeitig regieren und dabei ihre Wirkung auf die Jugend nicht verschonen werden. Sie schildern das Leben der Einwanderer von den härtesten Schwierigkeiten und Nöten ihres allereinsten Anfangs an und geben dann, immer in anziehender Form, ein Bild der Entwicklung und Leistung der betr. Kolonie bis zum heutigen Tage. Zahlreiche geschichtliche ausgewählte Bildchen erhöhen die Eindringlichkeit des Leses und die Anziehung, welche diese gut ausgestatteten und dabei billigen Hefte auf die Jugend zweifellos ausüben werden. Wir wünschen ihnen weite Verbreitung; denn sie erfüllen bezüglich der Deutschen im Auslande eine nicht leicht zu überschätzende Kulturmission.

Vol.



Ein Heimatkalender „Elsaß-Lothringen“ für 1928 wird von dem Verlag C. L. Dombhoff im Druck der Firma Mühl in Straßburg herausgegeben.

Der Kalender ist künstlerisch und trefflich ganz ausgezeichnet. Er beweist in seinem ganzen Aufbau und Wesen echtes elsfassisches und heimatlisches Empfinden und zeigt auf jeder Seite und auf jedem Blatt die innigen Zusammenhänge zwischen der elsfassischen bzw. lothringischen und der gesamtdeutschen Kultur. Deutsche Sprache und elsfassische Mundart reden zu uns in ihrer unerganglichen Gestalt. Dieser Kalender ist ein sprechender Beweis dafür, daß die Geistesart und Kunstrichtung der Elsfasser aller Zeiten nicht weisenserschieden von der anderer deutscher Stämme- und Volksgenossen, sondern daß sie ein rühmlicher Teil der allgemeinen deutschen Weltgeschichte und Kulturentwicklung ist.

Herrn S. Lorenz in Straßburg gebührt für die Schriftleitung wie für den künstlerischen Teil (Bild und Satz) des Kalenders vornehmlich. Bilder, Holzsnitte, Zeichnungen, Landchaften, elsfassische und lothringische Gedichte in reicher Auswahl zeigen, was Geistes und dieses Land ist. Die große biforsische elsfassische Kunst ist durch Martin Schongauer, Hans Baldung, Grien, und Jakob von der Heiden vertreten. Wertvolle Gedichte haben beigeuert die elsfassischen Heimatdichter René Schiddele, F. Kienhard, K. Haden Schmidt, Alfred Pellon und Raymond Bucher. Dieser Volkstaleuter: ein Spiegelbild kämpfenden deutschen Geistes.

Dr. R. o. d.

Reinhold Schairer, Die Studenten im internationalen Kulturleben. (Deutschstum und Ausland herausgegeben von Prof. Dr. Georg Schreiber.) Appendorffsche Verlagbuchhandlung Mönster 1. W. 1927.

Einer der besten Kenner internationaler studentischer Beziehungen, Reinhold Schairer, der Leiter der Wirtschaftliche der deutschen Studentenschaft, hat aus den Erfahrungen von zwei Jahrzehnten ersten Wirkens in den studentischen Dingen ein Buch geschrieben, das grundlegend nicht nur im Theoretischen sondern auch im Praktischen ist. Schairer umreißt zunächst einmal das Problem, um das es sich handelt: die Fühlung der zukünftigen Führer der Döler schon in jungen Jahren untereinander herzustellen, ihnen lang nachwirkende Eindrücke von fremden Kulturen und Menschen zu vermitteln, sie auf die völkerverbindende Macht des Geistigen einzustellen. Schairer zeigt weiter, welche Schwierigkeiten sich dabei ergeben, welche

Zahlen von Studierenden in und aus allen Ländern der Welt dabei in Frage kommen, welche planmäßigen Einrichtungen man bei den verschiedenen Kulturaktionen getroffen hat u. a. dgl. Insbesondere die Übersicht über das, was bisher für den internationalen Studenten-



Aus dem Elsaß-Lothringen-Kalender.

„Die Weismühle“, ein Roman von Dr. Werner Mahrbolz. 7. Jena. Brockler 4 M., geb. 6 M.

Ein Buch, das einen beachtlichen Beitrag zum Verständnis des Auslandsbewußtstums liefert, und das darum hier eine Anzeige verdient. Am Interbau einer bunten abenteuerlichen Handlung, die die zähe Arbeit, den hilflosen Kampf und die seelische Not deutscher Auswanderer und ihr neues Dasein schildert, bemüht sich der Verfasser um die Lösung des Problems der deutschen Auswanderung, wobei er vor allem die Förderung vertritt, die deutschen Auswanderer in geschlossenen Siedlungen unter zielbewußten Führern zusammenzufassen, die geistige Verbundenheit mit der Heimat aufrechtzuerhalten und die Eigenart ihrer politischen Doppellage zu klären.

EIN BUCH, DAS JEDER DEUTSCHE KENNEN MUSS

Soeben erscheint das 21.-30. Tausend

VON HANS GRIMM:

VOLK OHNE RAUM

Der große deutsche Schicksalsroman

Zwei Bände von je 650 Seiten.

Geheftet 20 Mk., in Leinen geb. 25 Mk.

„Die Tante Jena: Dieses Buch ist nicht erdichtet, sondern erlebt — und erlitten. Was hunderte Tausende deutscher Menschen in diesen Jahrzehnten erlebten, ohne es zu wissen, was sie am eigenen Leibe erfahren und doch nicht zu deuten wußten, das deutsche Volksschicksal — das ist hier Gestalt geworden, ein Zug von Gestalten, alle lebendig, handelnd, leidend, Mund, der zu dir spricht, Auge, das dich ansieht: das bist du! Hans Grimms Buch „Volk ohne Raum“ ist eine Tat und ein deutsches geistiges Ereignis.

BEZUG DURCH ALLE GUTEN BUCHHANDLUNGEN

ALBERT LANGEN, MÜNCHEN



Mit Brettern vernagelt

Kommerz.-Rat. — Anstellung im Auslande. — Von Kontoristen zum Prokuristen aufsteigen zum ehemaligen Volksschüler leitende Stellung erhalten. — Anstellung als Dolmetscher. — Lehrprüfung unserer Methode Toussaint-Langenscheit aus einem begeistertem immer wieder.

Sie haben den Namen Toussaint-Langenscheit gewiß schon gehört. Wissen Sie aber auch, daß Sie durch diese Methode in wenigen Monaten jede fremde Sprache fließend sprechen, richtig lesen und geläufig schreiben, also vollkommen beherrschen können? Es sind weder Vorkenntnisse noch bessere Schulbildung erforderlich. Sie können lernen wann und wo Sie wollen. Das Honorar beträgt nur 2,50 M. im Monat.

Sehen Sie sich unseren Unterricht an. Teilen Sie uns auf untenstehendem Abehchnitt nur Ihre Adresse und die Sprache mit, die Sie erlernen wollen. Sie erhalten dann

**EINE PROBELEKTION KOSTENLOS**

portofrei und ohne irgendwelche Verbindlichkeit. — Selbst wenn Sie heute noch nicht wissen sollten, wie Sie Sprachkenntnisse einmal erwerben könnten, wir sind falsch von Ihnen, unser Angebot nicht zu beachten. Veränderungen ergeben sich oftmals bald im Leben, und viele Tausende, die früher einmal Sprachkenntnisse in fremden Sprachen erlernt haben besitzen heute in ihren gediegenen Sprachen Kenntnisse die Grundlage für ihre Existenz. Überlegen Sie also nicht lange, schreiben Sie heute noch an **Langenscheit** Verlagbuchhandlung (Prof. K. Langenscheit) G. u. E. Berlin-Schöneberg

ist die Welt mit allen ihren Schönheiten und allen ihren Aufsteigmöglichkeiten jedem, der nichts von fremden Sprachen weiß. Wenn Sie zu den vielen gehören, die keine fremde Sprache beherrschen, so holen Sie das Verdäumte nach. Sie erschließen sich damit nicht nur die weite Welt, sondern schaffen sich auch innerlich den Grenzen Deutschtums Möglichkeiten zum Vorkommen, an die Sie bisher vielleicht niemals gedacht haben.

100 % Gehaltserhöhung. — Vom Handwerker zum Prokuristen aufsteigen. — Als Dolmetscher. — Lehrprüfung unserer Methode Toussaint-Langenscheit aus einem begeistertem immer wieder.

Sie haben den Namen Toussaint-Langenscheit gewiß schon gehört. Wissen Sie aber auch, daß Sie durch diese Methode in wenigen Monaten jede fremde Sprache fließend sprechen, richtig lesen und geläufig schreiben, also vollkommen beherrschen können? Es sind weder Vorkenntnisse noch bessere Schulbildung erforderlich. Sie können lernen wann und wo Sie wollen. Das Honorar beträgt nur 2,50 M. im Monat.

Sehen Sie sich unseren Unterricht an. Teilen Sie uns auf untenstehendem Abehchnitt nur Ihre Adresse und die Sprache mit, die Sie erlernen wollen. Sie erhalten dann

**EINE PROBELEKTION KOSTENLOS**

portofrei und ohne irgendwelche Verbindlichkeit. — Selbst wenn Sie heute noch nicht wissen sollten, wie Sie Sprachkenntnisse einmal erwerben könnten, wir sind falsch von Ihnen, unser Angebot nicht zu beachten. Veränderungen ergeben sich oftmals bald im Leben, und viele Tausende, die früher einmal Sprachkenntnisse in fremden Sprachen erlernt haben besitzen heute in ihren gediegenen Sprachen Kenntnisse die Grundlage für ihre Existenz. Überlegen Sie also nicht lange, schreiben Sie heute noch an **Langenscheit** Verlagbuchhandlung (Prof. K. Langenscheit) G. u. E. Berlin-Schöneberg

BEZUG DURCH ALLE GUTEN BUCHHANDLUNGEN

ALBERT LANGEN, MÜNCHEN

ALBERT LANGEN, MÜNCHEN

## DER HEIMATDIENST

kann für 1928 bestellt werden. Er kostet für das Jahr nur M. 5.— einschließlich Bestellgeld. Die Post, jede Buchhandlung nehmen Bestellung, entgegen. JEDER MITARBEITER DER R. F. M. MUSS FÜR DIE ZEITSCHRIFT WERBEN!

Geben Sie uns Adressen, damit wir Probenummern senden können.

ZENTRALVERLAG G. M. B. H.  
BERLIN W 35, POTSDAMER STR. 41

## Alte Kunst in Bayern

Eine Kunstgeschichte Bayerns in Wort und Bild. Herausgegeben vom Landesamt für Denkmalspflege in München.

- I. Oberpfälzische Klöster und Wallfahrtskirchen von Felix Mader.
- II. Die Unterfränkische Stadt von Bernhard Hermann Röttger.
- III. Das Unterfränkische Dorf von Josef Maria Ritz.
- IV. Unterfränkische Burgen von Karl Gröber.
- V. Die Plastik in der Oberpfalz von Karl Gröber.
- VI. Das Kunstgewerbe in Unterfranken von Anton Eckhardt.
- VII. Die Stadt Passau von Felix Mader.
- VIII. Oberpfälzische Burgen von Karl Gröber.
- IX. Unterfränkische Barockschlösser von Josef Maria Ritz.
- X. Städte- und Dorfkirchen in der Oberpfalz von Felix Mader.
- XI. Malerei in Unterfranken von Bernhard Hermann Röttger.
- XII. Die Oberpfälzische Stadt von Bernhard Hermann Röttger.
- XIII. Malerei in der Oberpfalz von Bernhard Hermann Röttger.

Jeder Band mit einem einführenden Text und 96 Abbildungstafeln kostet nur 3 RM.

Ein neues Städtetbuch mit künstlerischen Aufnahmen:

### ALT-FREIBURG

Von Prof. Dr. JOSEF SAUER

32 Seiten Text, 5 Textabbildungen, 148 Abbildungstafeln  
Preis 5 RM.

Dr. Beuno Filser Verlag G. m. b. H. Augsburg

## Auf den Gabentisch des Amateurs Deutscher Kamera-Almanach

Band 18

EINE JAHRESSCHAU  
DES PHOTOWESENS

Preis brosch. M. 5.50, gebunden M. 6.80

## Photofreund-Jahrbuch 1927/28

EINE SPIEGELUNG DES LETZTEN  
PHOTOJAHRES

Beide Jahrbücher sind voll von wertvollen Anregungen und Mitteilungen über den Stand und die Probleme der deutschen Amateurphotographie

Preis gebunden M. 6.80

Zu beziehen durch:

Deutscher Lichtbild-Dienst G. m. b. H.  
Berlin W 35, Potsdamer Straße 41, Kurfürst 4956  
Prospekte und Offerten kostenlos und unverbindlich

Bewährte Bezugsquelle für Photoapparate und Photobedarf von Beamtenorganisationen, Mitarbeitern des Heimatdienstes, Amateurreinen und Photofreunden

## Ausnahme-Angebot!

Für die nasse Regenzeit empfiehlt sich die Anschaffung einer

## Regen-Belerine

nur 100 Gramm schwer, vorzüglich bewährt gegen Durchnässung, bequem wie ein Notizbuch in der Tasche mitzuführen. Dauerhaft, bei öfterer Benutzung

## lange Zeit haltbar.

Sehr vorteilhaft für Damen und Herren in Regen und Schnee, bei Ausflügen und Sport.

Preis mit Extra-Kapuze und Etui

## franko nur 4.50 Rmk.

## Nachnahme

oder bei Vorauszahlung auf Postcheckkonto 11267 Köln Rm. 4.—, bei Nichtgefallen Umtausch gerne gestattet.

Allgemeine Regenmäntel-Preisliste und Muster auf gefl. Anfrage.

**Lavu-Versand-Haus**  
Bonn a. Rh. (Postfach)

# Bestecke

Qualitäts-Erzeugnisse

aus fe. Alpaka, mit oder ohne 50 gr. Silberzuzüge, indem wir direkt an Private gegen **6-9 Monate Kredit** jeder Koffer enthält die Bestecke **8 Tage zur Ansicht** Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, um Gelogenshöf zu gehen, vor dem Kauf Güte und Preiswürdigkeit zu prüfen. Verlangen Sie noch heute reillustrierte Preisliste kostenfrei.

Deutsche Silberwaren-Gesell. W. A. Keune & Co, Meitmann 360 Schließfach 460